

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Heribert Korfmacher  
Moskau und der  
Eurokommunismus

Astrid von Borcke  
Sowjetsystem und  
öffentliche Meinung

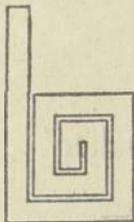
ISSN 0479-611 X

B 13/78  
1. April 1978

Heribert Korfmacher, geb. 1940; seit 1968 Leiter der jugoslawischen Redaktion der Deutschen Welle; Kommentator des niederländischen Rundfunks; Mitarbeiter verschiedener Zeitungen.

Astrid von Borcke, Dr. ès sciences politiques, geb. 1940 in Hamburg; Studium der politischen Wissenschaft, russischen Geschichte und Sprache an der Harvard-Universität, in Hamburg und am Institut de Hautes Etudes Internationales, Genf; seit 1972 Mitarbeiterin des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen: Die Ursprünge des Bolschewismus. Die jakobinische Tradition in Rußland und die Theorie der revolutionären Diktatur, München 1977; Überblick über die sowjetische Innenpolitik 1976/77, in: Sowjetunion 1976/77, München, Wien 1977. Aufsätze zur sowjetischen Innenpolitik, vor allem in der Reihe: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:  
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65,  
5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## Moskau und der Eurokommunismus

Die russische Oktoberrevolution ist nicht mehr für alle Kommunisten das Marxsche Weihnachtsfest. Der Mann, der dies zu wagen gesagt hatte, heißt Santiago Carrillo, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Spaniens. Die Strafe für solch ketzerisches Gehabe gegenüber Moskau im Jahr der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der „siegreichen Oktoberrevolution“ folgte auf dem Fuße: Carrillo wurde von der Liste der Festtagsredner gestrichen. Die offiziöse sowjetische Wochenzeitschrift „Nowoje Wremja“ (Neue Zeit) hatte ihn zuvor als „Spalter“, „Verleumder“ und „Revisionisten“ bezeichnet. Der publizistischen Attacke gegen den spanischen KP-Chef war die Veröffentlichung von dessen Buch „Eurokommunismus und Staat“ vorausgegangen. In diesem Buch lehnte es Carrillo unter anderem ab, die Sowjetunion als Modell für einen sozialistischen Staat anzuerkennen; er sprach sich für einen von Moskau unabhängigen Sozialismus in Freiheit aus: für den Eurokommunismus.

Carrillos Buch hat alle Chancen, eine Art Katechismus für sogenannte Eurokommunisten zu werden, für die italienischen, französischen und spanischen Kommunisten. In ihm wurde in bisher unübertroffener Deutlichkeit festgehalten, wie breit und wie tief der Graben ist, der sich zwischen den Kommunisten innerhalb und außerhalb des Moskauer Machtbereichs aufgetan hat.

### Begriffsbestimmung

Eurokommunismus ist in den Augen Moskauer Propagandisten und Ideologen eine „für den Sozialismus schädliche Erfindung der westlichen Bourgeoisie“, eine „musische Parole des Antikommunismus“, um den „real existierenden Sozialismus“ in der Sowjetunion und den anderen kommunistisch regierten Ländern „zu beschmutzen“ (so Radio Prag). In einem neu erschienenen Moskauer Lehrbuch für Parteikader-Ausbildung heißt es, das Konzept des Eurokommunismus sei von der bourgeoisen Propaganda mit dem Ziel erfunden worden, den „westlichen“ und „östlichen“ Kommunismus in Konfrontation zu bringen und die internationale Einheit der kommunistischen Partei zu zerbrechen.

Für die jugoslawischen Kommunisten, die dem Eurokommunismus zunächst skeptisch gegenüberstanden, mittlerweile aber zu des-

sen lautstarken Befürwortern gehören, ist „das wichtigste an seinem Auftreten, daß er eine bestimmte gesellschaftliche Realität zutage fördert. Diese gesellschaftliche Realität beinhaltet die Stärkung der Rolle und der Bedeutung der kommunistischen Parteien in den Ländern des westeuropäischen Mittelmeerraumes und in diesem Lichte auch die neuen Dimensionen, die ihre Besonderheiten als einflußreichen politischen Faktor in diesem Teil der Welt annehmen“ — so die Belgrader Zeitschrift „Internationale Politik“. Auch wenn in den Augen der jugoslawischen Kommunisten manche Erscheinungen, die die Eurokommunisten im gesellschaftspolitischen Kräftespiel ihrer Länder akzeptieren wollen (Pluralismus westlicher Art, Mehrparteien-Demokratie und Abwählbarkeit), fragwürdig sind, so „bestätigt der Eurokommunismus auf jeden Fall die wachsende Verschiedenheit der Wege zum Sozialismus. Ohne in die gleichen Irrtümer zu verfallen wie diejenigen, die ihre Erfahrungen als die einzig richtigen hinstellen, leisten die Verfechter des Eurokommunismus einen wertvollen Beitrag zur Affirmation des Sozialismus in den westlichen Ländern sowie zur weiteren Stärkung der Autonomie und Gleichberechtigung in der internationalen Arbeiterbewegung“, schreibt „Internationale Politik“.

Weniger ideologisch verbrämt, dafür für jedermann deutlich, beschreibt Santiago Carrillo seinen eurokommunistischen Standpunkt: „Jahrelang war Moskau der Ort, wo unsere Träume Wirklichkeit zu werden begannen — unser Rom. Wir sprachen von der großen Oktoberrevolution, als wäre sie unsere Weihnacht. Diesem Kindesalter sind wir längst entwachsen.“ Und um zu beweisen, daß sie ganz und gar erwachsen geworden sind, wollen die spanischen Kommunisten auf ihrem bevorstehenden Parteikongreß im April noch weiter gehen. Sie beabsichtigten, den Begriff „Leninismus“ aus ihren Statuten zu streichen; sie wollen sich nur noch „marxistisch“ nennen.

Nachdem sie bereits auf die „Diktatur des Proletariats“ und auf den „proletarischen Internationalismus“ verzichtet haben, geht es nun um die Beseitigung des aus Moskauer Sicht lebenswichtigsten Dogmas: Der Leninismus, gewissermaßen die sowjetische Durchführungsverordnung für Marxsche Ideen, die

bisher für alle Kommunisten in Ost und West verbindlich war, soll in Spanien außer Kraft gesetzt werden. In bauernschlauer Bescheidenheit weist Carrillo allerdings die Unterstellung von sich, die spanischen Kommunisten seien die einzigen, die sich vom „Leninismus“ lossagen würden: „Es gab noch eine Partei, die sich nicht ‚leninistisch‘ nannte, das war Lenins eigene Partei. Sie war nur marxistisch...“.

Um den Marxschen Propheten Lenin endgültig vom ideologischen Denkmalssockel stoßen zu können, hatte Carrillo in seinem „Eurokommunismus“-Buch schon vorbeugend geschrieben: „Es mag sein, daß es jemandem wie Gotteslästerung vorkommt, wenn er in dem Buch liest, daß einige Thesen Lenins überholt sind. Aber das können nur die denken, die nicht wissen, daß Lenin solches auch über Marx gesagt hat...“.

Italiener, Franzosen und Spanier feiern — um bei Carrillos kirchlichen Begriffen zu bleiben — ihr eigenes Weihnachtsfest. Und auf dem Gabentisch, mit dem sie nach der Devise „Ihr Kinderlein kommet“ Popularität und Zulauf erheischen wollen, bieten sie für orthodoxe Kommunisten ketzerisches an wie: freie Wahlen, parlamentarische Demokratie, Garantierung aller bürgerlichen Freiheiten, des Privateigentums auch an Produktionsmitteln, Marktwirtschaft und — als all dies ermöglichende Zugabe — die strikte Ablehnung jeglichen sowjetischen Führungs- und Mitspracheanspruchs. Also ein rein nationales Weihnachtsfest.

Solche Wahlversprechen gehen, wie der Baseler Philosoph Arnold Künzli meinte, „den orthodoxen Marxisten und bürgerlichen Konservativen nicht in den gleichermaßen vernagelten Kopf“.

### **National-Kommunismus**

Angriffe der Art, wie sie heute von Moskau aus gegen die Eurokommunisten gestartet werden, haben ihre Parallele in den Angriffen auf die jugoslawischen Kommunisten vor 30 Jahren. Was sich 1947 anbahnte, die ideologischen Unterschiede zwischen Belgrad und Moskau, führte ein Jahr später, 1948, zum Bruch zwischen Stalin und Tito. Es war das erste tatsächliche Schisma in der kommunistischen Weltbewegung. Die Lösung Jugoslawiens von Moskau wurde aber auch dadurch begünstigt, daß die damalige weltpolitische Konstellation kein militärisches Eingreifen der Sowjets gestattete. Die westlichen Alliierten fungierten erstmals, wenn auch zunächst ungewollt, als Schutzschild eines nach Eigen-

ständigkeit und Unabhängigkeit von Moskau strebenden kommunistischen Landes, ohne sich in die inneren Angelegenheiten ihres Schützlings einzumischen. Statt dessen schickten die Amerikaner Wirtschafts- und Militärhilfe. Heute fühlen sich auch die Eurokommunisten im westlichen NATO-Bündnis sicherer als im Warschauer-Pakt, wie Italiens KP-Chef Enrico Berlinguer andeutete. Georges Marchais, Generalsekretär der KPF, will sogar General de Gaulles Atomstreitmacht, die er einst heftig bekämpfte, heute gegen jeden Angreifer von außen einsetzen: also auch gegen den Warschauer-Pakt. Und Santiago Carrillo ist dem Schicksal immer noch dankbar, daß „die Rote Armee nach dem Krieg nicht den Kommunismus nach Spanien gebracht hat“.

Jugoslawiens nationale Verteidigungskonzeption ist heute immer noch vorrangig auf einen möglichen Angriff aus dem Osten ausgerichtet.

### **Ideologischer Kampf**

Todo Kurtović, Mitglied des Zentralkomitees des Bundes der Jugoslawischen Kommunisten (BKJ), beklagte während einer Diskussion über das Thema „proletarischer Internationalismus in Theorie und Praxis“, daß es immer noch Versuche geben würde, die Kominform-Resolution (die Bukarester Resolution des Kommunistischen Informationsbüro [Kominform] führte 1948 zur formellen Spaltung) und die Politik Stalins gegenüber Jugoslawien zu rechtfertigen. Der Druck auf die unabhängige Politik Jugoslawiens existiere heute noch, wenn auch in anderer Form.

Moskaus derzeit eifrigster Propagandist gegen den Eurokommunismus, der tschechoslowakische ZK-Sekretär Vasil Bilak, meinte denn auch in der sowjetischen Zeitschrift „Woprossy istorii“ (Fragen der Geschichte), daß „die Idee des nationalen Sozialismus wenig wirksam“ gewesen sei; „danach kam man mit dem demokratischen, dem christlichen Sozialismus und dem Sozialismus mit menschlichem Antlitz und neuerdings mit dem sogenannten Eurokommunismus“. Und in „Rude Pravo“, dem Prager Parteiorgan, schrieb Bilak, es sei „nicht möglich, in der Isolierung zu leben“. Auf Geheiß des Prager Superpropagandisten Bilak verstieg sich die Prager Zeitschrift „Tribuna“ gar zu der Feststellung, unabhängige Wege zum Sozialismus seien mit Nationalsozialismus, sprich Faschismus gleichzusetzen. Radio Zagreb konterte in einem Kommentar, daß „mit dem Vorwurf des Faschismus zur Zeit des Kominform viel Unfug getrieben“ worden wäre. Und Jugoslawiens Star-Komentator Milika Sundić ging in einem Bei-

trag von Radio Belgrad in scharfer Form auf Vasil Bilaks Pro-Moskau-Propaganda-Thesen ein: „Indem er den Tatbestand in Abrede stellt, daß die KPdSU jemals jemandem ihren Willen aufgezwungen habe, rehabilitiert der tschechoslowakische Führer und erste Ideologe im Grunde mittelbar das Kominform und die Kominform-Methoden, vor allem damit, daß er in seinem Artikel nicht von dem groben Anschlag Stalins und der stalinistischen Politik gegenüber Jugoslawien spricht und den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen 1968 in die Tschechoslowakei als Beispiel internationalistischer Hilfe anführt, dabei aber ganz vergißt, daß außer ihm und einigen anderen niemand je die Truppen des Warschauer-Paktes gerufen hat, jedenfalls nicht legal, um den Sozialismus in der Tschechoslowakei zu retten.“

Die Schärfe der Auseinandersetzung wird an diesen jugoslawischen Entgegnungen deutlich.

### Alte Erfahrungen

BKJ-Präsidiumsmitglied Rato Dugonjić erläuterte, warum man in Jugoslawien so empfindlich darauf reagiert und Carrillo wie selbstverständlich in Schutz nimmt: „Wieder einmal haben die Angriffe und Klischees eingesetzt — die Verdammung einer Partei, der spanischen Partei —, all dies erinnert uns deutlich in Inhalt und Ton an eine Zeit, von der wir wahrhaft hofften, sie läge hinter uns; eine Zeit, in der ein Zentrum glaubte, es hätte das Recht, anderen Parteien Schelte zu erteilen ... und sie als revisionistische oder imperialistische Partei zu bezeichnen. Wir wurden zu der Zeit mit noch viel übleren Bezeichnungen belegt.“

Den Bruch Titos mit Stalin haben die Sowjets den Jugoslawen auch heute noch nicht verziehen, entgegen allen anderslautenden Beteuerungen. Die Belgrader Deklaration von 1956, die zur Beilegung der Zwistigkeiten zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion führte und Jugoslawiens mittlerweile eingeschlagenen „eigenen Weg zum Sozialismus“ sanktionieren sollte, wurde von den sowjetischen Ideologen nur als taktisches Manöver akzeptiert, um die Weltbewegung als solche nicht aus dem Griff zu verlieren. 20 Jahre später, auf dem Ost-Berliner Kommunisten-Gipfel im Juni 1976, sahen sich die Sowjets wieder mit der Notwendigkeit konfrontiert, unliebsame Zugeständnisse zu machen, um die Kontrolle nicht zu verlieren und um das Gesicht zu wahren. Auf Drängen der eurokommunistischen Parteien sowie der kommunistischen Parteien Jugoslawiens und Rumä-

niens wurde der Begriff „Proletarischer Internationalismus“ aus dem Schlußdokument gestrichen.

Mit diesem Begriff hatte Moskau seinen absoluten Führungsanspruch in der kommunistischen Welt begründet. Von den westlichen Parteien sowie den Jugoslawen und Rumänen wurde die Streichung dieser Formel als Sieg und Bestätigung anderer Wege zum Sozialismus gefeiert. Präsident Tito erklärte nach dieser Ost-Berliner KP-Konferenz: „Wir sind mit unserem eigenen Weg zum Sozialismus nicht mehr allein. Heute ist hier ein für allemal der Geist des Kominform-Büros beerdigt worden. Das bedeutet wiederum nicht, daß es in Zukunft keine Versuche geben wird, das Erreichte zu minimieren oder es im alten Geiste zu interpretieren.“

Tito hatte Recht mit seinem Zweifel. Die Sowjets haben bereits unmittelbar nach dem KP-Gipfel deutlich werden lassen, daß es sich bei diesem Kompromiß nur um ein taktisches Nachgeben handelt. Seither wird das in den Ost-Berliner Dokumenten gestrichene Dogma vom „Proletarischen Internationalismus“ noch stärker denn je als oberstes und heiliges Prinzip jeder kommunistischen Partei verkündet.

„Die unentwegte Ablehnung verschiedener Wege zum Sozialismus durch einige Parteien der sogenannten sozialistischen Gemeinschaft und hohe Persönlichkeiten in diesen Parteien bedeutet im Grunde eine Ablehnung der Grundprinzipien der gleichberechtigten Zusammenarbeit in der kommunistischen und Arbeiterbewegung und eine Mißbilligung des Dokumentes der Berliner Konferenz der 29 kommunistischen Parteien Europas“, erklärte Milika Sundić in einem Kommentar von Radio Belgrad, lange bevor Carrillo die Sowjets mit seinen Thesen herausforderte.

### Hegemonie-Bestrebungen

Knapp sechs Monate nach der Ost-Berliner Konferenz verlangte Leonid Breschnew bei seinem Jugoslawien-Besuch unter anderem von Tito, er solle öffentlich erklären, daß das jugoslawische System der Arbeiterselbstverwaltung nur eine vorübergehende Phase in der sozialistischen Entwicklung sei. Tito lehnte Breschnews Forderungen mit Nachdruck ab. Seitdem ist es im Verhältnis Belgrad-Moskau zu immer schärferen Spannungen gekommen.

Daß es noch nicht zu direkten polemischen Angriffen Moskaus auf Jugoslawien gekommen ist, hat seine besonderen Gründe. Einmal war der Augenblick dafür nicht günstig,

weil Tito Gastgeber der Helsinki-Nachfolgekonferenz war; eine offene, direkte Polemik hätte den sowieso nicht leichten Stand der Sowjetunion und ihrer Verbündeten auf dieser Konferenz noch erschweren können. Jugoslawien hätte überdeutlich vor allem Teilnehmerstaaten an der KSZE-Nachfolgekonferenz beweisen können, daß der Titoismus, die Selbstverwaltung, als eigener und von Moskau unabhängiger Weg zum Sozialismus den Bürgern dieses Landes so etwas wie Lebensqualität gegeben hat, wovon die Bürger in der Sowjetunion und den anderen Staaten des sowjetischen Machtbereichs nur träumen können.

Zum anderen müssen die sowjetischen Ideologie-Strategen erst noch abwarten, wie und ob sie die renitenten Eurokommunisten wieder an die Leine legen können. Sobald dies von den Kreml-Mächtigen als — in welcher Form auch immer — erledigt abgehakt werden kann, wird man sich mit aller Vehemenz und allem Raffinement der ideologischen Kriegführung auf Jugoslawien stürzen. Denn Jugoslawien bleibt in den Vorstellungen der Moskauer Politiker die Pforte zum Mittelmeer.

Kategorisch hatte Leonid Breschnew bei seinem Jugoslawien-Besuch im November 1976 vom jugoslawischen Präsidenten Josip Broz Tito die Errichtung sowjetischer Militärbasen an der Adria-Küste und ein unbegrenztes Überflugrecht für sowjetische Militärflugzeuge gefordert. Zudem sollte Jugoslawien seine blockfreie Politik aufgeben. Präsident Tito lehnte die Zerstörung seines Lebenswerks entschieden ab. Er will dem inzwischen mächtigsten Mann in Europa, Leonid Breschnew, beweisen, daß er, der Stalin widerstanden hat (und dies im niederländischen Fernsehen als „den mutigsten Augenblick meines Lebens“ bezeichnete), auch vor dem jetzigen Kreml-Herrn nicht zu kuschen bereit ist. Der 85jährige Tito hat deshalb nicht nur Moskau, sondern auch Peking besucht. Gesten und Formalien dieser Art bedeuten für das Verhalten osteuropäisch-slawischer Kommunisten untereinander mehr als unzählige Zeitungskommentare und Analysen.

Daß Machterhaltung, Machtausbreitung und letztlich die Weltherrschaft immer noch die vorherrschenden Ziele in den Köpfen eingefleischter Ideologen Moskauer Couleur sind, wobei selbstverständlich nationalkommunistische Ideen wie der Titoismus störend wirken, machte einer der eifrigsten Verfechter des „realen Sozialismus“ (sprich: Sowjetkommunismus), der bereits zitierte tschechoslowakische ZK-Funktionär Vasil Bilak, deutlich: „Unsere Feinde werden sicherlich einige kon-

tinentele Sozialismen oder Kommunismen erfinden — den Afrokommunismus oder Asiokommunismus —, und das nur deshalb, weil dies ihren Zielen dient und der Schwächung der revolutionären Bewegung. Die Eurokommunisten wie auch die Afrokommunisten oder Asiokommunisten sind nur bestrebt, die internationale kommunistische Bewegung in geographische Zonen und verschiedene Gebiete auseinanderzuschlagen.“

Diese unzweideutig auch gegen Jugoslawien und sein Engagement in der Blockfreien-Bewegung gerichtete Kampagne „kulminierte“ — so die Zagreber Wochenzeitung „Vjesnik u Srijedu“ — in dem Angriff von „Nowoje Wremija“ auf Carrillo.

### Im Spannungsfeld Moskaus

Bilaks Schelte läßt erahnen, was mit Zielrichtung Jugoslawien in Moskau noch alles zusammengebraut werden wird, um beweisen zu können, daß es nicht möglich ist für Kommunisten, ob Titoisten oder Eurokommunisten, „in der Isolation zu leben“. Die Vorstellungen „brüderlicher Hilfe“, wie 1968 im Fall Tschechoslowakei praktiziert, sind im Moskauer Lager längst nicht ad acta gelegt. Der sowjetische ZK-Sekretär Boris Ponomarjow, zuständig für die kommunistischen Parteien im Westen, gebrauchte die alte stalinistische Formel von den „Lagern“ auf einer Ende April in Prag abgehaltenen Ideologie-Konferenz. Die Ostblockländer hatten hochrangige Funktionäre entsandt, um dieser Konferenz offiziellen Anschein zu geben; die westlichen Parteien waren durchweg durch rangniedrige Abgesandte vertreten, denn es handelte sich letztlich nur um eine Redaktions-Konferenz der in Prag beheimateten internationalen KP-Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“, die eine Art Nachfolge-Organ des früheren Kominform-Bulletins sein soll. Laut Ponomarjow's in Prag verkündeten Thesen findet gegenwärtig ein „alles umfassender ideologisch politischer Kampf“ statt. Dabei befinden sich in dem einen Lager die „Kräfte des Friedens und des Sozialismus“ und im anderen die „Kräfte der Aggression und des Imperialismus“. Nach „Nowoje Wremija“ (Neue Zeit, Moskau) repräsentieren die einen den „realen Sozialismus“, der die Stütze der internationalen Arbeiterbewegung sei. Im anderen Lager seien die Verfechter des „Antikommunismus und Antisowjetismus“. Danach ist also jedwede Kritik auch aus kommunistischem Munde an der Sowjetunion, wo der „reale Sozialismus“ bereits existiere, mit „Antikommunismus und Antisowjetismus“ gleichzusetzen.

Solche ideologischen Interpretationen der Prager Redaktionskonferenz, wie sie nur von den Ostblockmedien wiedergegeben wurden, wollten Spanier, Franzosen und Italiener nicht mitmachen. Die Jugoslawen gehören dieser Runde erst gar nicht an. Der französische KP-Delegierte weigerte sich über anderes zu sprechen als über Themen, die in der Zeitschrift erscheinen sollten; Berlinguers Abgesandter verlangte zudem, daß künftig nicht nur prosowjetische Meinungen in der Zeitschrift abgedruckt werden sollten, sondern „objektive Informationen über die Politik und den Standpunkt jeder einzelnen Partei“.

Die Moskauer „Prawda“ ließ in einem Kommentar über die Prager Zusammenkunft einiges über die Meinungsverschiedenheiten durchblicken, die es in Prag gegeben hatte: „Die Vertreter einer Reihe von Parteien legten besonderen Nachdruck auf die Notwendigkeit eines konsequenten und unablässigen Kampfes gegen den rechten und linken Opportunismus sowie gegen neuerliche Versuche, die kommunistische Bewegung zu zerschlagen und zu entzweien — ganz gleich, woher solche Versuche auch kommen mögen.“ Als Opportunisten, das hatte der russische Chefredakteur der Zeitschrift der kommunistischen Internationale, Konstantin Zarodow, schon 1975 in der „Prawda“ deutlich gemacht, galten für Moskau alle westeuropäischen Kommunisten, die einen Machtwechsel durch Wahlen anstrebten. Die von Lenin 1905 kreierte „revolutionäre Diktatur des Proletariats“, die auf einer politischen und nicht arithmetischen Mehrheit basieren müsse, widerlege „die immer noch umlaufenden opportunistischen Konzeptionen, die darauf hinauslaufen, die Machtergreifung sollte das Resultat einer Art von nationaler Volksabstimmung sein“.

### Konferenz-Serie

Ende Juni 1977 traf sich der Prager Redaktionszirkel der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ erneut. Diesmal um aus Anlaß ihres 60. Geburtstags die „siegreiche russische Oktoberrevolution“ zu feiern. Im Vordergrund aber standen, wenn man dem tschechoslowakischen Parteiorgan „Rude Pravo“ glaubt, mehr die Probleme des Sozialismus als die des Friedens.

Inzwischen war Santiagos Buch „Eurokommunismus und Staat“ in der Moskauer „Neuen Zeit“ verrissen und der Autor als „Spalter“ und „Revisionist“ gebrandmarkt worden. „Rude Pravo“ hieb in diese Kerbe und prangerte den Eurokommunismus als eine Erfindung der imperialistischen, antikommunistischen und antisowjetischen Kräfte

an. Er sei ein „Kuckucksei der Bourgeoisie“, das die westeuropäischen Kommunisten dazu bringen solle, ihre Politik und Ideologie den Interessen der Klassenfeinde unterzuordnen. Carrillo brüte dieses Kuckucksei mit „unverholener Geschmacklosigkeit“ aus.

Was Spaniens KP-Chef Santiago Carrillo in seinem Buche alles ausgebrütet hat, muß strenggläubigen Leninisten Moskauer Prägung kalte Schauer über den Rücken jagen. Solche Ideen kann man im Kreml und den Hauptstädten Osteuropas tatsächlich nur als ernsthafte Bedrohung ansehen, da sie beginnend mit Lenin alles in Zweifel ziehen, was sowjetische Ideologen jemals erdacht haben, und was Carrillo für die westlichen Parteien als „nicht empfehlenswert“ abstempelt. Diese Ideen bedrohen den Lebensnerv des sowjetischen Systems und der von Moskau gelenkten osteuropäischen Länder, in denen der Ruf nach verbrieften Freiheiten und Rechten sowieso schon manche interne Erschütterung verursacht hat.

### Die Bedrohung

Eurokommunismus ist in der Sicht Carrillos eine „Tendenz der modernen, fortschrittlichen und revolutionären Bewegung, die sich an die Realitäten unseres Kontinents zu halten versucht“. Sie stehen der anderen Tendenz entgegen, „angeführt von den sowjetischen Genossen, die die Bewegung weiterhin an eine Reihe von Dogmen binden will, die einen propagandistischen Wert für das in der Sowjetunion erreichte System bilden können, aber — ausgenommen seltene Fälle — den anderen kommunistischen Parteien nicht dabei helfen, sich in Regierungsparteien zu verwandeln ...“.

Mit dem Staat Sowjetunion geht Carrillo streng ins Gericht. Das „stalinistische Phänomen“ habe sich als „System nicht verändert“, sich „nicht demokratisiert, und es hat sogar in vieler Hinsicht den Zwang in den Beziehungen mit den sozialistischen Staaten des Ostens beibehalten, wie es brutal bei der militärischen Besetzung der Tschechoslowakei unterstrichen wurde“. Die Sowjetunion sei „nicht der Staat, den Lenin sich vorstellte“, sie sei „zu Entstellungen und Verfallserscheinungen gelangt, die wir uns zu anderen Zeiten nur in imperialistischen Staaten vorstellen konnten“. Die Gründe für solche Deformationen im Mutterland des Kommunismus sieht der Spanier darin, daß die „bürokratische Führungsschicht über eine unmaßige und fast unkontrollierte Macht verfügt. Sie entscheidet und herrscht gegen den Willen der Arbeiterklasse ... Ein Staat, in dem die Armee und

die Staatsorgane eine so große Rolle spielen, läuft Gefahr, Stärke als sein Hauptziel zu sehen, auch wenn er ein Staat ohne Kapitalisten ist und den Kampf der Völker für ihre Befreiung unterstützt; er neigt dazu, den Kampf um den Sozialismus im Weltmaßstab als Hilfe für seine Stärke in der weltweiten Auseinandersetzung zu nutzen, den Internationalismus als sein Machtinstrument zu benutzen."

### Die Abrechnung

Die Strafe für solch ketzerische Äußerungen über die „größte sozialistische Macht der Welt“ (Bilak), wo der „reale Sozialismus“ (Ponomarjow) bereits Wirklichkeit sei, kam mit einiger Verspätung. Bereits im April wurde Carrillos Buch veröffentlicht, und man darf davon ausgehen, daß eines der ersten Exemplare schnell in Moskau landete. Doch erst Ende Juni traf den spanischen Kommunistenführer der Bannstrahl. Moskau ließ sich Zeit.

Denn erst galt es Kreml-Interna zu lösen, wie die Ablösung Podgornis als Staatschef und die kurz darauf folgende Inthronisierung Breschnews als dessen Nachfolger. Es galt — in dieser frischgebackenen Position — Paris zu besuchen und, durch gezielte Vorabangriffe auf die Eurokommunisten insgesamt, die Reaktion der französischen und italienischen Genossen zu prüfen. Daß man Carrillo nicht den Gefallen tun wollte, ihn vor den ersten freien Wahlen in Spanien seit 40 Jahren als Ketzer abzustempeln, um dadurch möglicherweise seinen Wahlerfolg zu verbessern, versteht sich von selbst. Abgewartet werden mußte auch der Ausgang der Brüsseler Konferenz westeuropäischer kommunistischer Parteien, die für Moskau trotz Störaktionen gegenüber den Eurokommunisten seitens moskautreuer Westparteien ergebnislos verlief. Auch direkt nach den Wahlen in Spanien unternommene Versuche sowjetischer Emisäre, die spanischen Kommunisten wegen des nur mäßigen Abschneidens bei der Wahl gegen Carrillo aufzuwiegeln, blieben erfolglos. Wäre das geglückt, hätte man den Ketzer unverzüglich fallen lassen können. So aber bahnt sich ein neues Schisma der kommunistischen Glaubenslehre an. Das Redeverbot auf dem Oktoberfest war logische Folge. Santiago Carrillo sprach bereits vorher von der „Exkommunizierung durch das heilige Offizium“ Kreml. Seitdem er die russische Oktoberrevolution nicht mehr als Weihnachtsfest der Kommunisten empfindet, hat er sich um die Gründung seiner kommunistischen Nationalkirche gekümmert. Sein Katechismus liegt vor: „Eurokommunismus und Staat“.

Daß dies die moskaugläubigen Kommunisten in tiefster Seele treffen muß, ist verständlich. Daß man Carrillo nach stalinistischer Manier als „Agenten des Imperialismus“ zu verteufeln versucht, darf nicht verwundern. Intimstes Kennntnis sowjetisch-kommunistischer Realität kann ihm, der den Kreml und die kommunistische Bewegung von innen erlebt hat, keiner absprechen.

### Die Herausforderung

Carrillos Thesen und Feststellungen sind auch eine Herausforderung an die beiden größten westlichen eurokommunistischen Parteien: die französische und die italienische. Nach den ersten Angriffen Moskaus auf Carrillo stellten sich beide Parteien scheinbar spontan hinter ihn. Er habe das Recht, auf den eigenen, unabhängigen Weg Spaniens zum Sozialismus zu bestehen. Auffallend wurden jedoch sehr schnell die Unterschiede in der Art, wie Italiener und Franzosen Carrillo in Schutz nahmen. Das Zentralorgan der italienischen KP „UNITA“ bezeichnete den Angriff Moskaus auf Carrillo als „anachronistisch“, bekundete „tiefen Dissens“ mit dem Ton und „einigen Behauptungen“ und bescheinigte der den Angriff führenden Zeitung „Neue Zeit“ Unverständnis für die Realität der Arbeiterbewegung, da es keinen monolithischen Charakter der kommunistischen Bewegung gebe. Der Generalsekretär der französischen Kommunisten, Georges Marchais, erklärte, der Eurokommunismus sei „keine imperialistische Erfindung, sondern ein Bestandteil von kommunistischen Parteien, die sich in beinahe identischen Positionen befinden“. Es könne auch nicht die Rede „von einem neuen Zentrum“ sein. „Wir sind definitiv ausgeschieden aus jeglicher internationaler Organisation, sowohl im weltweiten wie im regionalen Sinn.“

Die größte Unterstützung und das meiste Verständnis für seine Haltung fand Santiago Carrillo jedoch nicht von ungefähr bei den Jugoslawen. Ihr Parteiblatt „Komunist“ erinnerte in einem Artikel aus Anlaß des Jahrestages der Ost-Berliner Kommunisten-Konferenz daran, daß auch sie seinerzeit unter Druck gesetzt und dem Versuch einer Exkommunizierung ausgesetzt waren. Es sei „gefährlich und schädlich“, wenn man heute aus der „Mottenkiste politischer Requisiten“ Elemente und Begriffe hervorkrame, die längst abgelegt worden seien. Die Berliner Konferenz würde durch einige Parteien so interpretiert, als gelte es, „die alten Grundlagen, Kriterien und das System der Beziehungen aus der Zeit zu erhalten, als in einem Zentrum die program-

matische Strategie und die politische Taktik der kommunistischen Parteien festgelegt wurde". Den Jugoslawen geht es um die Festigung des „Polyzentrismus“ innerhalb der kommunistischen Bewegung, um die Errichtung von moskauunabhängigen Bewegungen. In Santiago Carrillo sehen sie einen starken Verbündeten.

### Sozialistisches Weltsystem

Wie allein Spanier und Jugoslawen allerdings in der kommunistischen Welt dastehen, macht eine Verlautbarung der tschechoslowakischen Presseagentur „Ceteka“ über das Ergebnis der zweiten Prager Redaktionskonferenz der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ deutlich. Italiener und Franzosen hatten an dieser Konferenz teilgenommen, nicht aber die Spanier. Laut „Ceteka“ wurde „einmütig die Errichtung des sozialistischen Weltsystems als ein Meilenstein in der Entwicklung des revolutionären Prozesses“ bezeichnet. Die Konferenzteilnehmer seien zu dem Schluß gekommen, daß „die Arbeiterklasse und die kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern sich die Erfahrungen des Oktober zunutze machen und sich auf die wachsende Stärke des sozialistischen Weltsystems verlassen ...“. Von der Sowjetunion als dem Land des „realen Sozialismus“, wie im Angriff der Zeitschrift „Novoje Wremja“ auf Carrillo wiederholt dargelegt, ist keine Rede mehr, stellt die jugoslawische Presseagentur „Tanjug“ fest. Die Sowjetunion läßt sich im 60. Jubiläumjahr der Oktoberrevolution von den ihr ergebenen Parteien mit dem neuen Begriff „Sozialistisches Weltsystem“ feiern.

Hinter dieser neuen Bezeichnung verbirgt sich eine ideologisch verbrämte Verdeutlichung des imperialen Anspruchs, den die Sowjetunion stellt. Dieser Anspruch gilt insbesondere für den Mittelmeerraum, von dessen Beherrschung schon die Petersburger Zaren träumten.

In der Juli-Ausgabe der sowjetischen Monatszeitschrift „Meshdunarodnaja Shisn“ wurde interpretiert, welche Ziele der Weltsozialismus verfolgt. Im Ideologen-Russisch heißt es da: „Einen der Wege zur Festigung der Geschlossenheit der sozialistischen Gemeinschaft bildet die Entwicklung der verschiedenartigen Formen der Zusammenarbeit, in denen die Übereinstimmung der nationalen Interessen mit den internationalen, die Anhäufung der quantitativen mit den qualitativen Faktoren der Annäherung der Interessen ihren Ausdruck findet. Hierzu gehört ... die aktive Teilnahme aller sozialistischen Staaten

an der Verteidigung der nationalen Interessen der einzelnen sozialistischen Länder, wie dies zum Beispiel in der Frage der Unverletzlichkeit der Westgrenzen der CSSR (sprich CSSR-Invasion 1968) ... zutage trat.“

Eine Exegese dieser Textstellen bringt mehr an den Tag. Die Invasion der Warschauer-Pakt-Truppen 1968 in der Tschechoslowakei kann sich an anderer Stelle, in einem anderen Land, in dem die „Geschlossenheit der sozialistischen Gemeinschaft“ bedroht ist, wiederholen. Es wird sogar zur Pflicht erhoben, daran teilzunehmen. Unter „sozialistische Gemeinschaft“ wird nicht mehr nur die Sowjetunion und ihre Ostblocksatelliten inklusive Kuba und Mongolei verstanden, sondern alle Länder, in denen kommunistische Parteien aktiv sind. Die Vorhut für die „Festigung der Macht der sozialistischen Gemeinschaft“, so die russische Zeitschrift an anderer Stelle, bilden aber derzeit noch die „sozialistischen Staaten“, also die bereits kommunistisch regierten Länder.

Nationalkommunistische Entwicklungen sind nur statthaft, wenn sie mit den internationalen Interessen, d. h. dem proletarischen Internationalismus, übereinstimmen. Das wiederum heißt, daß im eigentlichen Sinne unabhängige, nationale Wege zum Sozialismus nach wie vor tabu sind, ja, sich gegen die sozialistische Gemeinschaft richten. Und westliche kommunistische Parteien, die über freie Wahlen — quantitativ — die Macht erringen, haben dies umzuwandeln in eine Parteiherrschaft, in die „qualitativen Faktoren“ der Diktatur des Proletariats. Die leninistische Formel, nach der nicht die „arithmetische Mehrheit“, sprich Wahlerfolg, sondern die „politische Mehrheit“, sprich Diktat einer Minderheit über die Mehrheit, für die Etablierung kommunistischer Systeme erforderlich ist und ihr Weiterbestehen garantiert, wird weiterhin als einzig und allein anzustrebendes Ziel dargestellt.

Auf dem Wege dorthin stören die Eurokommunisten, so, wie sie sich derzeit gebärden; hat Josip Broz Tito schon immer gestört; sind den Sowjets auch die aufmüpfigen Albaner in ihrer kleinen mittelmeerischen Trutzburg ein Dorn im Auge; und auch die Chinesen werden darum mit nicht nachlassender Heftigkeit als „Spalter“ der kommunistischen Weltbewegung gebrandmarkt.

Das „sozialistische Weltsystem“ der Ära Brechnew hat seinen imperialistischen Führungsanspruch in der Welt gerade in der Auseinandersetzung mit den Eurokommunisten wieder drastisch vor Augen geführt. Mit

ideologischen Schachzügen sollen die unbotmäßigen westlichen KP's wieder auf Vordermann gebracht werden. Auf Mitsprache in diesen Parteien, und damit auch auf die Möglichkeit des direkten Eingreifens in die Angelegenheiten der westlichen Staaten, will Moskau um keinen Preis verzichten.

### Zwiespältigkeiten

Noch bevor die Delegation der italienischen Kommunisten — kurz nach dem Scherbenegericht über Carrillo — nach Moskau reiste, um „bilaterale“ Fragen und auch das Verhältnis zwischen der KPdSU und den Eurokommunisten zu erörtern, distanzierte sich die KP Italiens deutlich von dem spanischen KP-Chef. Zwischen den spanischen und den italienischen Genossen bestünden „einige Unterschiede in der Art und Weise, die Realitäten in den Ostländern und insbesondere in der UdSSR zu beurteilen“, sagte der kommunistische Senator Emanuele Macaluso. Aus der sowjetischen Hauptstadt zurückgekehrt, gestand derselbe Senator in einem Interview mit der kommunistischen Parteizeitung „Unità“ zwar ein, daß „die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den kommunistischen Parteien Westeuropas schwierig“ seien, aber „die Beziehungen zur Sowjetunion werden aufrechterhalten, die Debatte muß weitergehen“. Im Abschlußkommuniqué, von Moskaus oberster Ideologengarnitur — Suslov, Ponomarjow und Sagladin — und den Außenpolitikern der KPI — Pajetta, Macaluso und Bufalini — unterzeichnet, wurde festgestellt, daß „der Beitrag einer jeden Partei zur gemeinsamen internationalen Sache mit ihrer selbständigen Suche und der Ausarbeitung einer eigenen Politik untrennbar verbunden ist“. Die Sowjets hatten also ihre „gemeinsame internationale Sache“, die Italiener ihre „selbständige Suche und die Ausarbeitung einer eigenen Politik“. Wenn dies aber tatsächlich „untrennbar verbunden“ ist, kann die „eigene Politik“ nur nach sowjetischen Maßstäben gemessen werden. Das Interpretationsgerangel wird erneut anfangen. Eine im „Unità“-Interview gemachte Bemerkung Macalusos gibt Aufklärung über den Argwohn, mit dem Moskau trotz aller Kommuniqués und Ergebnissadressen auf die Eurokommunisten schaut. Die „Beteiligung westeuropäischer kommunistischer Parteien an der Regierung“ ihres Landes bereite den Sowjets „aus außenpolitischen Gründen gewisse Sorgen“. Dies ist mehr als verständlich, könnte doch beispielsweise in Italien ein kommunistischer Verteidigungsminister Truppen befehligen, die der NATO unterstehen. Oder ein

französischer kommunistischer Außenminister könnte die Sowjets beispielsweise an die Einhaltung des Viermächteabkommens über Berlin erinnern und dabei einen westlichen und eben nicht sowjetischen Standpunkt einnehmen. Außenpolitisch hat der Kreml schon durch das Engagement Jugoslawiens bei den Blockfreien der Dritten Welt manche schwere Nuß zu knacken, was auch aus Breschnews Forderungen an Tito ersichtlich wurde, die Blockfreienbewegung den sowjetischen weltpolitischen Zielen zu unterstellen.

Bei dem erklärten Ziel der sowjetischen Politik, den Westen zu schwächen, wo immer sich nur eine Möglichkeit dazu bietet, ist Moskau nicht damit gedient, dort eventuell auf Regierungsämter bekleidende Kommunisten zu stoßen, die nicht das vom kapitalistischen Westen Erreichte zerstören, sondern — so ist den Programmen der Eurokommunisten zu entnehmen — dies in eine angeblich gerechtere und humanere Gesellschaft umformen wollen, einschließlich aller bürgerlichen Freiheiten und rechtsstaatlichen Errungenschaften. Käme es zu dieser Situation, dann würde es auch keine ideologische Notwendigkeit mehr geben, die osteuropäischen Diktaturen zu verteidigen. Das gesamte Sowjetimperium würde, bildlich gesehen, wie eine Seifenblase zerplatzen. Solange aber — wie es sich auch im gesamten Komplex der Menschenrechtsfrage zeigt — die Ideologie nur zur Machterhaltung und Machtausübung einer imperialistischen Großmacht dient (Carrillo hat dies in schonungsloser Offenheit dargestellt; Tito nennt das Hegemonismus), solange kann Moskau keinen Grund haben, die Genossen im Westen zu stärken, sondern, im Gegenteil, sie müssen schwach und auf kleiner Flamme gehalten werden. Schwierigkeiten zwischen den großen westeuropäischen kommunistischen Parteien und der KPdSU bahnten sich bekanntlich auch erst an, als diese Parteien erstarkten und die anderen demokratischen Parteien in den pluralistischen Gesellschaften des Westens sich ernsthaft und nicht mehr nur mittels polemischer Angstmacherei mit ihnen auseinandersetzen mußten.

### Basis gegen Funktionäre

Das einzige in sowjetischen Augen probate Mittel, eine starke und sich unabhängig gebärdende Partei an die Zügel zu legen, ist die Spaltung einer solchen Partei, ist der Versuch, sie zu unterlaufen, die Diversion.

Seit 1948 sieht sich Jugoslawien mit diesem Problem konfrontiert. Nicht umsonst sind ein

großer Teil der im wahrsten Sinne des Wortes „politischen Gefangenen“ in Jugoslawien moskauhörige Kommunisten. Das politische Werk des Kommunisten Tito, das die Wurzel zu allem schismatischen Übel in der kommunistischen Weltbewegung legte, ist gekennzeichnet von einer permanenten Auseinandersetzung mit der jeweiligen doktrinären Moskauer Führungsschicht. Tito konnte die Sowjets immer in Schach halten, weil er weit-sichtiger dachte und undogmatischer vorging als seine sowjetischen Kontrahenten. Und er hatte den entschiedenen Vorteil, sich in einer Situation von Moskau loslösen zu können, die es Stalin nicht erlaubte, militärische Gewalt anzuwenden. Jugoslawiens Bruch mit der Sowjetunion kam überdies dem westlichen Sicherheitsinteresse entgegen. Seitdem beweist ein kleines Land, daß es auch ohne die Ratschläge des großen Bruders einen eigenen sozialistischen Weg beschreiten kann.

Ein Nachahmen des jugoslawischen Weges, das zeigt die Heftigkeit der ideologischen Angriffe auf die Eurokommunisten, will der Kreml verhindern. Folglich appelliert Moskau an die sogenannten „gesunden Kräfte“ in der Basis der westeuropäischen kommunistischen Parteien. Und diese Basis, so vernahm man es vor kurzem auch aus Italien, schickt sich an, gegen die Parteiaristokratie zu rebellieren. Je näher Enrico Berlinguer seinem Ziele kommt, dem „historischen Kompromiß“, desto stärker rumort es an besagter Basis. In Frankreich mußte der Volksfront-Taktiker Marchais Schelte von der Basis einstecken, weil bei den Regionalwahlen angeblich sichere Wahlkreise der Kommunisten aufgrund einer fehlerhaften Politik Marchais' an die Sozialisten verloren gingen.

Beispiele dieser Art gäbe es eine ganze Reihe. Daß die Sowjets das Handwerk des Intrigierens verstehen, machte „Prawda“-Kommentator Vitalji Korionow im Frühjahr 1977 in einem Kommentar über die Entwicklungen in der italienischen Partei deutlich: Er ließ einen Mann des Volkes, einen von der Basis, einen italienischen Altkommunisten, dessen Name selbstverständlich nicht genannt wurde, zu Wort kommen: „Der Feind will uns überzeugen, daß sich der Kapitalismus verbessern ließe, daß es nicht notwendig ist, für den Sozialismus zu kämpfen, sondern, daß es genügt, ‚das Aufgebaute zu verändern‘; und dann wird sich auch die Basis umwandeln, und auf diese Art wird die Gesellschaft sich dann unbemerkt vom Kapitalismus in den Sozialismus verwandeln. Eine vergebliche Liebesmühe, das werden wir nie schlucken.“

## Realitäten

Italiens kommunistischer Gewerkschaftsführer Luciano Lama verlangte von seinen Genossen aber mittlerweile weit mehr. Er sprach sich für eine „Politik der Opfer“ aus, die aus Verzicht auf Lohnerhöhungen und Stillstand in Sachen Streiks bestehen sollte, um ein freundlicheres Investitionsklima zu schaffen. Nach diesem Rezept, das oberflächlich gesehen eher aus einem Lehrbuch für Kapitalisten als aus der Einsicht eines Kommunisten stammen könnte, versprach sich Lama einen nachhaltigen Abbau der bedrückenden Arbeitslosigkeit und einen Weg zur Lösung der Wirtschaftskrise.

Daß die Kommunisten einen solchen Kurs sowieso einschlagen müßten, sollten sie an der Regierung beteiligt werden, sagten weder der Gewerkschaftler noch die Partei. Sie verlasen sich — auch bei für ihre Gefolgschaft unangenehmen Entscheidungen — auf die Disziplin eines eingespielten und streng durchorganisierten Parteiapparats, einer Konstruktion, die nicht nach demokratischen, sondern leninistisch-zentralistischen Prinzipien funktioniert, nach dem Prinzip der Herrschaft einer qualifizierten Minderheit über die quantitative Mehrheit.

Mit der innerparteilichen Demokratie ist es bei den Eurokommunisten noch durchaus schlecht bestellt. Der Widerspruch zwischen innerer Struktur und programmatischem Pluralismusbekennnis nach außen hin ist der wohl wesentlichste Grund, die Glaubwürdigkeit in Zweifel zu ziehen. Innerparteiliche Kritiker, das zeigt vor allem die Geschichte der französischen kommunistischen Partei, werden auf nicht gerade demokratische Weise abserviert. Die Parteidisziplin ist das oberste Gebot. Ohne sie hätte es auch für Carrillo und seine Partei im Franco-Spanien kein Überleben gegeben. Und weil die einmal als verbindlich festgelegte Ideologie keiner Meinungsfindung mehr von der Basis her bedarf, beschränkt sich die innerparteiliche Demokratie bestenfalls nur auf Diskussionen über Durchführungstaktiken, auf die organisatorische Realisierbarkeit der von oben vorgegebenen Beschlüsse.

Diese innerparteilichen Strukturen der westeuropäischen Kommunisten erklären unter anderem auch, warum gerade in einer für diese Parteien wichtigen Zeit (Regierungskrise in Italien und mögliche Beteiligung der Kommunisten an der Regierung; Wahlen in Frankreich; Parteikongreß in Spanien) die offenen Angriffe aus Moskau nicht eingestellt werden, ja sogar noch an Heftigkeit zunehmen.

Darin eine Wahlhilfe (Frankreich) oder Eselsbrücke zur Macht (Italien) sehen zu wollen, wäre nicht nur oberflächlich, sondern schlechthin irrig. Es gilt, die Männer an der Spitze zu treffen, dort, wo die Partei am stärksten und gefestigsten ist, indem man das Parteivolk durch ideologische Attacken verunsichert und den Eindruck zu vermitteln versucht, die kommunistische Anhängerschaft werde von Abweichlern irreführt. Ein nicht den Erwartungen entsprechendes Abschneiden der französischen Kommunisten bei den Wahlen könnte Moskau beispielsweise als Bestätigung seiner Thesen ausschlagen.

Marchais, Berlinguer und Carrillo, aber auch Tito und Ceausescu haben den Sowjets jegliches Recht auf eine Führungsrolle in der kommunistischen Bewegung und auf Einmischung in die nationalen Belange ihrer Parteien und Länder abgesprochen. Im Schlußdokument der Ost-Berliner Kommunisten-Konferenz wurde eindeutig die Selbständigkeit jeder nationalen kommunistischen Partei festgehalten. Doch seitdem es dieses Dokument gibt, versucht Moskau Schritt für Schritt diese Festschreibung zu revidieren.

#### Nach altem Muster

Nach neuester Moskauer Lesart ist das Ost-Berliner Dokument keine Bestätigung der eigenen Wege zum Sozialismus, sondern ein Ausdruck des „Kommunistischen Monolithismus“. Die Belgrader Parteizeitung „Borba“ stuft diesen Ausdruck, hinter dem sich der sowjetische Absolutheitsanspruch verbirgt, ein als „Bezeichnung, die für die dogmatische Periode der internationalen kommunistischen Bewegung charakteristisch“ war. Das war die Zeit Stalins und des Kominform. In einem unter der Federführung des Ideologen Wadim Sagladin (im ZK der KPdSU für die Beziehungen zu den nichtregierenden kommunistischen Parteien mitverantwortlich) vor kurzem erschienenen Buch mit dem Titel „Für ein Europa des Friedens und des Fortschritts“ wird der „Monolithismus“ als Grundlage der internationalen kommunistischen Bewegung angepriesen und gefordert. Den im Ost-Berliner Dokument niedergelegten Begriff „internationalistische Solidarität“ bezeichnet Sagladin lediglich als Synonym für den damals gestrichenen Begriff „proletarischer Internationalismus“.

Aus Moskauer Dogmatikersicht hat sich also nichts geändert am Alleinführungsanspruch. Westeuropäische Kommunistenführer (und nicht nur diese), die aufgrund des Ost-Berliner Dokuments gegenüber ihrem Parteivolk von der Nationalisierung und absoluten Selbstän-

digkeit ihrer Partei gesprochen hatten, haben demnach die Unwahrheit verbreitet. Und um die Eurokommunisten so unglaubwürdig wie nur eben möglich zu machen, werden sie wie seinerzeit die Jugoslawen als „trojanisches Pferd im internationalen Kommunismus“ und als „Agentur der Konterrevolution“, so die Prager Zeitschrift „Tvorba“, bezeichnet. Die Moskauer Zeitschrift „Neue Zeit“ hätte sich speziell den spanischen KP-Spitzenfunktionär Manuel Azcarate vorgeknöpft, der gleich Carrillo die sowjetische Form des Marxismus-Leninismus schärfstens ablehnt. Die „Neue Zeit“ identifizierte ihn und die Eurokommunisten schlechthin als Imperialisten und Sowjetfeinde und somit als Antikommunisten, die dem eigenen Lande und der Partei Schaden zufügen würden: „Die Sowjetfeindschaft ist ihrem Wesen nach zwangsläufig auf die Unterhöhung des Einflusses und Ansehens der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern, auf die Schwächung ihrer Verbindung zur Arbeiterklasse sowie zu anderen demokratischen, sozialen und politischen Kräften gerichtet. Jede antikommunistische Kampagne stimuliert Kommunistenfeinde. Man kann nicht wirksam für Freiheit und Demokratie im eigenen Lande, auch in Spanien, kämpfen, wenn man den realen Sozialismus (die Sowjetunion) diskreditiert.“

Die Jugoslawen sehen in der ideologischen Starrheit der sowjetischen Dogmatiker eine weitaus gefährlichere Entwicklung und warnen vor einer Wiederholung der nunmehr zehn Jahre zurückliegenden Ereignisse in der Tschechoslowakei. Das Mitglied des Parteipräsidiums Dobrivoje Vidić verlangte in einem „Borba“-Artikel, daß „die Methoden der militärischen Intervention im Rahmen der sogenannten Doktrin der begrenzten Souveränität bzw. im Namen der sogenannten höheren Interessen des Sozialismus, womit man die Aggression zu rechtfertigen sucht, für alle Zeiten beseitigt und als unvereinbar mit dem Völkerrecht, der UN-Charta und mit den Interessen des Friedens und der friedlichen Zusammenarbeit zwischen Völkern und Ländern gebrandmarkt und verurteilt“ werden müssen.

Moskau arbeitet auf Höchstouren, um den Eurokommunismus als Verrat am Sozialismus zu verdächtigen und unglaubwürdig zu machen. Die Möglichkeit zur direkten Einflußnahme auf die inneren Ereignisse in Spanien, Italien oder Frankreich mittels moskautreuer Funktionäre ist den sowjetischen Machtpolitikern wichtiger als ein zufriedenstellendes Abschneiden unbotmäßiger Parteien bei demokratischen Wahlen.

# Sowjetsystem und öffentliche Meinung

## I. Die „öffentliche Meinung“ und das sowjetische politische System

Die August-Nummer des *Kommunist* (12, 1977) enthält einen ungewöhnlich anmutenden Artikel von R. A. Safarov zu dem Thema: „Die öffentliche Meinung unter den Bedingungen des entwickelten Sozialismus“<sup>1)</sup>. Safarov, Kandidat der Jurisprudenz und Mitarbeiter des Instituts für Staat und Recht, ist Autor einer Reihe von Untersuchungen über Fragen der staatlichen Verwaltung und speziell über die Rolle der öffentlichen Meinung im System der staatlichen Leitung<sup>2)</sup>. Bereits 1967 fiel er mit den bis dahin wohl kühnsten Vorschlägen zur Weiterentwicklung der politischen Wissenschaft in der Sowjetunion auf<sup>3)</sup>. Bemerkenswert an dem Artikel Safarovs im *Kommunist* ist nicht allein die Thematik, sondern vor allem auch die Tatsache, daß dieser Aufsatz im theoretischen Organ des Zentralkomitees der KPdSU erschienen ist.

Schließlich paßt öffentliche Meinung im eigentlichen Sinne — „die Ansicht der Gesellschaft über Angelegenheiten sozialer und politischer Natur“<sup>4)</sup> — gar nicht in den herge-

brachten Rahmen des sowjetischen politischen Systems, so daß sich Aleksandr Zinov'ev in seiner großen Satire über das Sowjetregime mit beißendem Spott über einen bekannten Soziologen mokiert, der „grandiose Feldarbeit“ leiste über die „große Rolle einer öffentlichen Meinung“, die „nie existiert“ habe<sup>5)</sup>.

### INHALT

- I. Die „öffentliche Meinung“ und das sowjetische politische System
- II. Die öffentliche Meinung als historisches Phänomen: Ihre Bedeutung für das Verhältnis von Staat und Gesellschaft
- III. Die sowjetische Ideologie und die öffentliche Meinung: Die Legitimierungsproblematik
- IV. Die Modernisierung und die Herausbildung einer öffentlichen Meinung in der Sowjetunion: Von der Mobilisierung zur Partizipation?
- V. Öffentliche Meinung und staatliche Leitung: Das Kommandosystem und seine Informationsprobleme
- VI. Der Kampf gegen den staatlichen Bürokratismus
- VII. Systemfremde Einflüsse und interne Spannungen
- VIII. Schlußbetrachtung: Probleme und Zukunft der Meinungsforschung in der UdSSR

Öffentliche Meinung im weitesten Sinne kann definiert werden als „die innerhalb einer politischen Einheit am häufigsten außerhalb der Privatsphäre vertretene Stellungnahme zu einem kontroversen Sachverhalt“<sup>6)</sup>.

<sup>1)</sup> R. Safarov, *Obščestvennoe mnenie v usloviach razvitogo socializma*, in: *Kommunist*, 12, 1977, S. 29—40.

<sup>2)</sup> Ders., *Obščestvennoe mnenie i gosudarstvennoe upravlenie*, Moskau 1975; ders., *Obščestvennoe mnenie i obščonarodnoe pravo*, in: *Sovetskoe gosudarstvo i pravo*, 4, 1964, S. 80—90; ders., *Probleme der Erforschung der öffentlichen Meinung*, in: *Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge*, 8, 1977, S. 837—844 (aus: *Voprosy filosofii*, 1, 1977, S. 36—45); ders., *Prognozirovanie v sisteme principov gosudarstvennogo upravlenija*, in: *Sovetskoe gosudarstvo i pravo* (künftig zitiert als *SGiP*), 9, 1970, S. 98—103; ders., *Prögnostičeskij metod gosudarstvennogo upravlenija*, *SGiP*, 8, 1971, S. 75—84; ders., *Vyjavlenie obščestvennogo mnenija v gosudarstvenno-pravovoj praktike*, *SGiP*, 10, 1967, S. 46—54. — Die aus diesen Arbeiten entnommenen Zitate sind im einzelnen aufgeführt in: *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, 63, 1977.

<sup>3)</sup> David E. Powell und Paul Shoup, *The Emergence of Political Science in Communist Countries*, in: *The American Political Science Review*, 2, 1970, S. 580.

<sup>4)</sup> Georg Jellinek, *Allgemeine Staatslehre*, Bad Homburg v. d. Höhe, Berlin, Zürich 1966, S. 102.

<sup>5)</sup> Aleksandr Zinov'ev, *Zijajušcie vysoty*, Lausanne 1976, S. 15.

<sup>6)</sup> Hans Mathias Kepplinger, *Probleme der Begriffsbildung in den Sozialwissenschaften: Begriff und Gegenstand Öffentliche Meinung*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 2, 1977, S. 252.

Safarov selbst spricht von dem „Urteil oder dem Willen dieser oder jener sozialen Gesamtheit, vor allem einer Klasse oder sozialen Gruppe, die sich durch ihre relative Verbreitung, Intensität und Stabilität auszeichnen“.

Öffentliche Meinung setzt die Legitimität der Kontroverse voraus: „Eine Frage, die Gegenstand der öffentlichen Meinung werden kann, muß an sich verschiedene Standpunkte hervorrufen“, betont Safarov. Für öffentlichen Meinungsstreit aber ist im sowjetischen System bislang kaum Raum gewesen. Dieses System ist ein Kommandosystem, das die angeblichen Interessen der Gesellschaft als ganzer a priori festlegt, also faktisch aufgrund politischer Entscheidungen, im Gegensatz zu einem Marktsystem, wo sich gesellschaftliches Interesse als Summe sich teilweise widersprechender Sonderinteressen ergeben soll<sup>7)</sup>. Das sowjetische System hat daher öffentliche Politik im eigentlichen Sinne — d. h. den öffentlichen Widerstreit von Ideen, Interessen und Führerpersönlichkeiten — seit spätestens Ende der zwanziger Jahre nicht mehr gekannt. Diese ist im Namen eines „wissenschaftlich“ begründeten Allgemeininteresses (in Gestalt des „Endziels“ des „Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft“) eliminiert worden. Die Ausschaltung der Öffentlichkeit ist in der Tat charakteristisch für „totalitäre“ Regime, Massengesellschaften und Elitenherrschaften<sup>8)</sup>.

Es gibt keinen verbindlichen Begriff dessen, was öffentliche Meinung eigentlich ist: Hierüber zeigt sich auch im Westen wenig Einigkeit unter Politologen, Soziologen und Sozialpsychologen. Die öffentliche Meinung ist sogar als „propagandistische Finte“<sup>9)</sup> abgetan worden: Es gibt nicht die öffentliche Meinung, sondern nur „öffentliche Meinungen“ oder „Meinungen in der Öffentlichkeit“ (F. Tönnies). Dennoch steht hinter dem kontroversen Begriff ein echtes politisches Pro-

<sup>7)</sup> Siehe hierzu T. H. Rigby, *Traditional, Market and Organizational Societies and the USSR*, in: *Communist Studies and the Social Sciences: Essays on Methodology and Empirical Theory*, Hrsg. Frederic J. Fluron, Jr., Chicago 1971, S. 170—187; Radoslav Selucky, *Economic Reforms in Eastern Europe. Political Background and Economic Significance*, New York, Washington, London 1972, S. 45.

<sup>8)</sup> Alfred G. Meyer, *Theories of Convergence*, in: *Change in Communist Systems*, Hrsg. Chalmers Johnson, Stanford, California 1970, S. 333; vgl. René Ahlberg, *Theorie der öffentlichen Meinung und empirische Meinungsforschung in der UdSSR*, in: *Osteuropa*, 3, 1969, S. 167.

<sup>9)</sup> *Staat und Politik (Das Fischer-Lexikon)*, Hrsg. Ernst Fraenkel und Karl Dietrich Bracher, Frankfurt am Main 1957, S. 207.

blembewußtsein, eine sich anbahnende neue Beziehung von Staat und Gesellschaft in der Sowjetunion, worauf Safarov auch verweist<sup>10)</sup>. Parteichef Brežnev hat hierauf angespielt, als er betonte, Leitung liefe heute nicht mehr auf bloße „administrative Akte“ hinaus<sup>11)</sup>.

Die sowjetische Führung interessiert sich vor allem aus „manipulativen“ bzw. instrumentalen Gründen für die öffentliche Meinung: Welche Faktoren ihres Zustandekommens sind steuerbar? Wie ist ihre systemerhaltende Rolle zu maximieren, ihr Einfluß als Störfaktor oder gar Gefahr zu minimieren?

Faktisch hat die Problematik der öffentlichen Meinung eine potentiell liberale Stoßrichtung: Sie impliziert, daß die sowjetische Gesellschaft heute von der Führung nicht länger als ein mehr oder minder passives Objekt angesehen werden kann. Insofern ist die öffentliche Meinung „im System der Institutionen der sozialistischen Demokratie“ etwas qualitativ Neues, wie Safarov betont hat, bzw. sie spielt eine „historisch neue Rolle“<sup>12)</sup>. Ideologisch ist die neue Bedeutung einer öffentlichen Meinung mit dem „Hinüberwachsen des Staates der Diktatur des Proletariats in den Staat des ganzen Volkes“ begründet worden.

Die vom Histomat bestimmte traditionelle sowjetische Konstruktion der „öffentlichen Meinung“ dient zwar der Legitimierung, ist aber für die praktische politische Entscheidungsfindung keine Hilfe. Diese hergebrachte ideologische Konzeption schwingt im *Kommunist*-Artikel Safarovs mit, wo erklärt wird, die öffentliche Meinung sei mehr als eine bloß „arithmetische Summe“ von Einzelmeinungen; sie verleihe den „konkret-historischen Bedürfnissen“ der Gesellschaft Ausdruck und bilde sich aufgrund von „Gesetzmäßigkeiten“. Eine derartige öffentliche Meinung wird als eine Vorstufe des „gesellschaftlichen Bewußtseins“ gedeutet, das seinerseits seinen „konzentrierten, zum System erhobenen Ausdruck“ in der Ideologie finde, mittels derer wiederum die Partei ihren exklusiven Führungsanspruch begründet. Mit anderen Wor-

<sup>10)</sup> Safarov, *Obščestvennoe mnenie i gosudarstvennoe upravlenie*, S. 3. Analog B. A. Grušin, *Mnenija o mire i mir mnenij. Problemy metodologii issledovanija obščestvennogo mnenija*, Moskau 1967, S. 81.

<sup>11)</sup> L. I. Brežnev, *Leninskim kursom*, Bd. II, Moskau 1974, S. 532.

<sup>12)</sup> Safarov, *Obščestvennoe mnenie i gosudarstvennoe upravlenie*, S. 4; B. A. Grušin, *Obščestvennoe mnenie*, in: *Bol'shaja sovetskaja enciklopedija*, Bd. 18, S. 243.

ten: Die Konstruktion einer überempirischen öffentlichen Meinung, einer „sozialistischen Öffentlichkeit“, einer „Meinung des ganzen Volkes“ eignet sich — im Anschluß an die Theorie vom Klassenbewußtsein — als Rechtfertigung für den Anspruch der „bewußten“ Elite bzw. des sozialistischen Staates auf Alleinherrschaft und schließt die Partizipation jener, die nicht das nötige „Bewußtsein“ haben, aus. Diese „öffentliche Meinung“ habe sich daher „auf Initiative der Partei und Sowjetorgane“ zu manifestieren, d. h. unter faktischer staatlicher Leitung, da diese Organisationen in Wirklichkeit Bestandteile der einen einheitlichen Befehlshierarchie sind. In diesem Sinne schreibt Safarov: Die Partei sei der „Organisator des Studiums, der Bildung, Manifestierung, Realisierung und Entwicklung der öffentlichen Meinung des sowjetischen Volkes“. Sie sei gewappnet mit der Kenntnis der „Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung“ und kämpfe gegen die Überreste des Kapitalismus im Bewußtsein und Verhalten der Menschen sowie gegen rückständige Stimmungen.

Für Safarov als empirischen Soziologen stellt sich die Frage jedoch ganz anders: Das Verhältnis der öffentlichen Meinung zum gesellschaftlichen Bewußtsein erscheint ihm als „wichtiges methodologisches Problem“, dessen Zusammenhänge *noch ungenügend erforscht* seien. Es gelte, überhaupt erst die Kriterien zu entwickeln, die die öffentliche Meinung von der Summe individueller Ansichten unterscheiden.

„Das System der wissenschaftlichen Kategorien, die die wesentlichen Charakteristika der öffentlichen Meinung widerspiegeln“, sei noch gar nicht genügend ausgearbeitet. „Nur ein wirklicher Zuwachs an Kenntnis über die öffentliche Meinung erlaubt uns, die Mechanismen ihrer Entstehung, Entwicklung und Funktionsweise, die Spezifik ihres Zusammenhangs mit den Partei-, Staats- und Wirtschaftsorganen aller Ebenen, ihre Rolle im sozialen Fortschritt der Gesellschaft besser zu verstehen.“ Worum es also geht, ist die bessere Erkenntnis der Gesellschaft in ihrer Faktizität, um Information „über System, Struktur und Dynamik der Bedürfnisse und Interessen der verschiedenen sozialen Gruppen zu gewinnen und latente und akute Widersprüche in den gesellschaftlichen Beziehungen zu erkennen...“ Das aber führt zu einer anderen Konzeption der öffentlichen Meinung als die durch den Histomat bedingte. Die öffentliche Meinung sei Ausdruck der „Lebensinteressen der Menschen“, der „Interessen und Erwartungen der Massen“, heißt es in Safarovs Artikel im *Kommunist*. Sie beträfe alles, was

mit den Interessen der Gesellschaft zu tun hat.

Die öffentliche Meinung, präzisiert Safarov an anderer Stelle, hielte sich in allen Fragen für kompetent, die die Gesellschaft betreffen, einfach aufgrund der Tatsache, daß alle staatlichen Maßnahmen ihre Interessen berühren. Sie sei „eine Variante sozialer Kontrolle“. Sie urteile auch über die Partei. Versuche der Staat, die öffentliche Meinung nicht zu informieren, bilde sie sich trotzdem, aber höchstwahrscheinlich zu seinen Ungunsten. Es handle sich um ein relativ eigenständiges Phänomen, eine selbständige Form der Kontrolle, die, sofern sie aus eigener Initiative stattfände, „frei von jeglicher Organisiertheit und Leitung“, wesentlich informell sei. Die öffentliche Meinung der einzelnen sozialen Gruppen weise ihre eigene Spezifik auf. Die öffentliche Meinung der Gesellschaft bilde sich aufgrund der Meinungen von Kollektiven, Gruppen und Individuen, und sie ginge dem Volkswillen voraus.

„Leider werden nicht selten für das gesellschaftliche Bewußtsein, seine verschiedenen Formen, qualitative Charakteristika gegeben, ohne über die notwendigen quantitativen Informationen zu verfügen“, was im Widerspruch zu den Erfordernissen sowohl der Praxis als auch der Theorie stünde. Für die sowjetische Politik, meint Safarov, sei es nicht etwa überflüssig, sondern notwendig, die öffentliche Meinung in Erfahrung zu bringen.

Die These vom „absoluten Monismus der öffentlichen Meinung“ sei auch in „politischer Hinsicht, aus der Sicht der Entwicklung der Demokratie“, „äußerst dubios“. Im Gegenteil, „bestimmte Widersprüche zwischen den Positionen der Organe der staatlichen Leitung und der öffentlichen Meinung sind nicht ausgeschlossen“. Auch die offiziellen gesellschaftlichen Organisationen brächten nicht immer die öffentliche Meinung zum Ausdruck. Meinungskonflikte, wenigstens in gewissen Fragen, seien etwas Natürliches.

Alles in allem läuft das letztlich auf eine ziemlich vernichtende Kritik am Dogma des Histomat hinaus. Die empirische Meinungsforschung hat in der Praxis einen latenten Interessenpluralismus aufgedeckt, der Schlüsseldogmen der Ideologie — die Doktrin der Interessenidentität von Staat und Gesellschaft, die Behauptung der sozialpolitischen und ideologischen Einheit, nicht zu sprechen von der angeblich neuen historischen Menschengemeinschaft — in Frage zu stellen droht, ungeachtet des aus westlicher Sicht zweifellos beachtlichen Konsenses. Denn, so

erklärte B. A. Grušin, der Leiter des 1960 auf Initiative der Redaktion der *Komsomol'skaja pravda* gegründeten Instituts für öffentliche Meinung: „Es gab keine einzige Befragung, bei der sich nicht die Tatsache einer Vielzahl von Meinungen mit hinreichender Klarheit manifestiert hätte.“<sup>13)</sup>

Würde die Führung aber konzedieren, Interessenpluralismus sei etwas Legitimes, könnte sie letztlich den Anspruch der Partei auf exklusive Leitung gefährden, insofern dieser mittels einer angeblich wissenschaftlichen Theorie begründet wird, die es ermögliche, die jeweils historisch (einzig) richtige Linie zum Ausdruck zu bringen<sup>14)</sup>. Faktisch wünscht die Führung heute schon alternative Lösungsvorschläge zu anstehenden Problemen, um optimal entscheiden zu können. Gibt man aber zu, daß es zu Problemen mehr als eine vertretbare Lösung geben kann, würde im Grunde auch Opposition legitim.

Die Konzeption der öffentlichen Meinung hat eine heimliche liberale Spitze, da sie auf eine Macht hindeutet, die „über den Institutionen der Staatsmacht steht und deren Aktivität bewertet und kontrolliert“<sup>15)</sup>. Denn die Bürger, so begründet Safarov die Rolle der öffentlichen Meinung vis-à-vis der Staatsmacht, seien letztlich allein kompetent, zu beurteilen, ob der Staat ihre Bedürfnisse befriedige. Das aber ist eine Sichtweise, die schließlich zugunsten von mehr individueller und gesellschaftlicher Partizipation und Autonomie sprechen müßte.

Dieses Motiv, ja das Recht auf einen staatsfreien Raum, schwingt bei der Diskussion der Menschen- und Bürgerrechte mit, die eine wesentliche Rolle bei den Entfaltungsmöglichkeiten der öffentlichen Meinung spielen, worauf u. a. der Dissident A. Amal'rik verwiesen hat. Der Rückgriff auf die ursprünglich liberale Konzeption dieser Rechte aus der Zeit der amerikanischen und französischen Revolution ist in der juristischen Literatur in der Tat bereits aufgetaucht<sup>16)</sup>. (Erst mit der

<sup>13)</sup> Grušin, Mnenija o mire, S. 175.

<sup>14)</sup> Vgl. M. Suslov, Marksizm-leninizm i revoljucionnoe obnovenie mira, in: Kommunist, 14, 1977, S. 22.

<sup>15)</sup> Grušin, Mnenija o mire, S. 88.

<sup>16)</sup> D. Voevodin, Konstitucionnye prava i objazannosti graždan, Moskau 1972, S. 213. Vgl. den

Herausstellung der sozialen Rechte wurde aus dem Anspruch auf Freiheit vom Staate ein Anspruch an den Staat auf sein Eingreifen, weshalb u. a. das sowjetische offizielle Denken auch diesen sozialen Aspekt betont.)

Mit der Wiederbelebung der Problematik einer öffentlichen Meinung — und damit implizite der Forderung nach mehr Publizität und Partizipation — wird in gewissem Sinne eine Entwicklung wieder aufgenommen, die schon einmal im Rußland des 19. Jahrhunderts zum Durchbruch gekommen war, als die Gesellschaft begann, sich zunehmend aus der universalen staatlichen Bevormundung zu befreien, die für die russische Geschichte typisch gewesen ist. In den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts begeisterte sich Dmitrij Pisarev, der Hauptsprecher des „Nihilismus“ (einer radikalen Strömung, mit der die eigentliche Oppositionsbewegung in Rußland begann), für Voltaire, eben weil dieser Europa eine öffentliche Meinung gegeben hätte: „Voltaire bewies Europa, daß es eine lebendige, aktive und selbstbewußte Persönlichkeit sein kann und soll und nicht das tote und passive Material, an dem verschiedene Kanzleien, Diplomaten und Feldherren ihre Talente zur Schau stellen und ihre Experimente durchführen.“<sup>17)</sup>

Will man die ganze politische Tragweite des so schwer konkretisierbaren Begriffs einer öffentlichen Meinung ermessen, ist eine Rückbesinnung auf die Geschichte angebracht. Diese Rückschau liegt um so näher, als das sowjetische politische System als eine Art funktionales Äquivalent der absolutistischen Monarchie Westeuropas deutbar ist<sup>18)</sup>.

Beitrag von Otto Luchterhand zum Jahresbericht Sowjetunion 1976/77 und den Aufsatz desselben Verfassers: Entwicklungen und Schwerpunkte der sowjetischen Grundrechtsdiskussion, Berichte des BIOst, 54/1977.

<sup>17)</sup> D. I. Pisarev, Populjarizatory otricatel'nych doktrin, in: Sočinenija v četyrech tomach, Moskau 1955—1956, Bd. 4, S. 165. — Über Pisarev und die russische radikale Tradition vgl. Astrid von Borcke, Die Ursprünge des Bolschewismus. Die jakobinische Tradition in Rußland und die Theorie der revolutionären Diktatur, München 1977, S. 187 ff.

<sup>18)</sup> Samuel P. Huntington, in: Authoritarian Politics in Modern Society. The Dynamics of Established One-Party Systems, Hrsg. Samuel P. Huntington und Clement B. Moore, New York, London 1970, S. 12.

## II. Die öffentliche Meinung als historisches Phänomen: Ihre Bedeutung für das Verhältnis von Staat und Gesellschaft

Öffentliche Meinung setzt voraus, daß es in der Gesellschaft Fragen gibt, die umstritten sind. Sie entstand in Westeuropa, als größere soziale Gruppen begannen, sich über religiöse Fragen, politische Ordnungen, Werte und Ideologien Gedanken zu machen. Kurz, sie ist ein Phänomen der Neuzeit. Eine auf Tradition und Konsens beruhende Gesellschaft kennt keine öffentliche Meinung. Es sei gefährlich, sich selbst eine Meinung zu bilden, warnte der Hl. Augustin, d. h. „sich einzubilden, zu wissen, was man nicht weiß“<sup>19)</sup>.

Die Reformation leistete der Entstehung einer öffentlichen Meinung Vorschub mit ihrem Angriff auf den Klerikalismus und indem sie dem Individualismus Auftrieb gab. Der Protestantismus begründete auch die Vorstellung, daß Respekt allein dem Amt, nicht aber dem jeweiligen Amtsinhaber gebühre<sup>20)</sup>.

Hinter dem Aufkommen der Idee einer öffentlichen Meinung stand eine Autoritätskrise einerseits und ein neuer Individualismus andererseits. Modernisierung und damit die Erschütterung überlieferter Werte spielte hierbei eine entscheidende Rolle, ebenso wie verbesserte Kommunikation und zunehmende Bildung. Der Ausspruch Alcuins vor Karl dem Großen — „vox populi, vox dei“ — wurde zum ersten Mal im 18. Jahrhundert beifällig zitiert.

Der Begriff der öffentlichen Meinung ist eine Schöpfung der Aufklärung, die ihn gegen die absolutistische „Kabinettpolitik“ ins Feld führte. Dahinter stand das Aufkommen einer neuen sozialen Kraft, so daß den Denkern des 18. und 19. Jahrhunderts die öffentliche Meinung geradezu wie ein aufziehender Sturm erschien<sup>21)</sup>. Seit den 1760er Jahren setzte in Europa die Industrialisierung, die moderne Politik und die große Revolte gegen aristokratische Regime ein. Mehr Bücher denn je wurden veröffentlicht, Pamphlete wurden ein immer beliebteres Mittel, Ideen unter die Menschen zu bringen; die Presse gewann zusehends an Einfluß<sup>22)</sup>. Die Gebildeten began-

nen, ein neues Interesse am staatlichen Leben zu nehmen. Seit der Mitte des Jahrhunderts veröffentlichten die französischen Parlamente ihre Remonstranzen, seit den 1760er Jahren das englische Parlament seine Debatten. „Government is founded on opinion only“, hatte Hume in den 1740er Jahren erklärt. In den ein bis zwei Jahrzehnten vor der Französischen Revolution wurden die Begriffe „esprit public“ und „voix publique“ gängig. Necker sprach von der „opinion publique“, die er mit einem Gerichtshof verglich<sup>23)</sup>. Die Menschen wurden gewahr: Es waren viele, die dieselben Veröffentlichungen lasen und sich mit denselben Fragen befaßten.

Der Aufklärung bedeutete die öffentliche Meinung jedoch nicht etwa Rebellion, sondern ein Forum, auf dem sich vernünftiges Urteil durchsetzen würde. Individuelle Abweichungen von der Vernunft würden sich in der Masse ausgleichen. Über moralische Wahrheit, so erklärte Bayle, herrsche Übereinstimmung<sup>24)</sup>.

Das aufklärerische Verständnis der öffentlichen Meinung wurde im 19. Jahrhundert vom Liberalismus auf den neuen Verfassungsstaat übertragen. Meinung ist zwar etwas Veränderliches und Subjektives — worauf im Anschluß an Platon Kant verwiesen hat —, doch ihre Öffentlichkeit, d. h. die Tatsache, daß prinzipiell niemand von ihrer Bildung ausgeschlossen sein dürfe, würde bewirken, daß sich schließlich ein vernünftiger Konsens bilde. Denn eine öffentlich geäußerte Meinung bleibt nie die einzige, sondern führt zu Kritik und Diskussion<sup>25)</sup>. In diesem Sinne bedeutete öffentliche Meinung (im Idealfall) also, daß die Subjekte, die die Träger des staatlichen Willens sind, ihre Meinungen öffentlich und frei äußern können mit dem Ziel der Meinungsbeeinflussung und autonomen Meinungsbildung<sup>26)</sup> — die Grundidee des klassischen Parlamentarismus.

Die öffentliche Meinung, so resümierte F. Tönnies, „erhebt selber den Anspruch, allgemeine und gültige Normen zu setzen, und

<sup>19)</sup> Zitiert von Bertrand de Jouvenel, *Über Souveränität. Auf der Suche nach dem Gemeinwohl*, Neuwied und Berlin 1963, S. 321.

<sup>20)</sup> Carl J. Friedrich, *Constitutional Government and Democracy. Theory and Practice in Europe and America*, Boston, New York usw. 1950, S. 7.

<sup>21)</sup> W. Phillips Davidson, *Public Opinion as Communication*, in: *Public Opinion Quarterly*, 3, 1972, S. 313.

<sup>22)</sup> R. R. Palmer, *The World of the French Revolution*, London 1971, S. 43 ff.

<sup>23)</sup> Siegfried Landshut, *Volkssouveränität und öffentliche Meinung*, in: *Volkssouveränität und Staatssouveränität*, Hrsg. Hanns Kurz, Darmstadt 1970, S. 307.

<sup>24)</sup> Jouvenel, a. a. O., S. 322.

<sup>25)</sup> Herbert Krüger, *Allgemeine Staatslehre*, Stuttgart 1964, S. 438.

<sup>26)</sup> Georg Weippert, *Öffentliche Meinung*, in: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*, 8. Bd., Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1964, S. 31.

zwar nicht aufgrund eines blinden Glaubens, sondern der klaren Einsicht in die Richtigkeit der von ihr anerkannten, angenommenen Doktrinen" 27). Mit anderen Worten: Diese Meinung bildet sich aufgrund von Urteil und nicht von Autorität, so daß J. S. Mill bemerkte: „There is the greatest difference between presuming an opinion to be true, because, with every opportunity for contesting it, it has not been refuted, and in assuming its truth for the purpose of not permitting its refutation.“ 28)

Für den klassischen Liberalismus stand hinter der Idee einer öffentlichen Meinung auch ein besonderer, klar identifizierbarer Personenkreis, nämlich der „gebildete Durchschnittsmensch“ (Bluntschli), mit anderen Worten Menschen aus dem Adel und Bürgertum, die die Gemeinsamkeit der Bildung und der aus Philosophie, Wissenschaft und Dichtung gewonnenen Grundsätze auszeichnete. Im Laufe des 19. Jahrhunderts wurde die Vorstellung von der öffentlichen Meinung jedoch zunehmend mit der aus einer anderen politischen Tradition als dem liberalen Parlamentarismus stammenden Idee der Volkssouveränität identifiziert und verlor damit zugleich einen besonderen Träger.

Mit der zunehmenden Einbeziehung der bis dahin politisch unterprivilegierten Schichten in das staatliche Leben gewann die Agitation, der Appell primär an die Emotionen, an Bedeutung. Die Praxis diktatorischer Regime (so bewies schon Louis Napoléon) sowie die Einsichten moderner Psychologie machten die Manipulierbarkeit der Massen deutlich 29). Max Weber charakterisierte die öffentliche Meinung „unter den Bedingungen der Massendemokratie“ daher als „ein aus irrationalen ‚Gefühlen‘ geborenes, normalerweise von Parteiführern und Presse inszeniertes oder gelenktes Gemeinschaftshandeln“, das für den rationalen Ablauf von Justiz und Verwaltung

27) Ferdinand Tönnies, *Gemeinschaft und Gesellschaft*, Darmstadt 1972, S. 236.

28) John Stuart Mill, *On Liberty*, in: *Utilitarianism, Liberty, Representative Government*, London, New York 1960, S. 81.

29) Siehe hierzu Helmut Große, *Öffentliche Meinung und politischer Wille*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 14/69, 5. 4. 1969, S. 6; Hansjürgen Koschwitz, *Begriff und Funktion der „öffentlichen Meinung“ im bürgerlichen und sozialistischen Gesellschaftssystem*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 13/71, 27. 3. 1971, S. 3—25.

mindestens ebenso schädlich sein könnte wie die „Kabinettsjustiz“ eines „absoluten“ Herrschers 30).

Mit den amerikanischen Präsidentschaftswahlen von 1936 traten die „polls“, die Meinungsumfragen, ihren Siegeszug an. Diese sind ursprünglich ein Instrument der kapitalistischen Marktwirtschaft: Sie dienen zur Ermittlung der Absatzchancen von Produkten. Nunmehr wurde diese Technik auf die Politik übertragen. Das Ergebnis hat kaum etwas mit dem klassischen Begriff einer öffentlichen Meinung gemein, denn es handelt sich um das Zusammentragen von privaten, nicht einmal öffentlich vertretenen Meinungen, so daß Carl Schmitt von einer „modernen Art der Akklamation“ gesprochen hat 31). Paul Valéry meinte sarkastisch: „La politique at été longtemps l'art d'empêcher les hommes de se mêler de ce qui les regarde, elle est devenue l'art de les interroger sur ce qu'ils ignorent.“ 32) — („Lange Zeit ist die Politik die Kunst gewesen, die Menschen daran zu hindern, sich in die Dinge einzumischen, die sie betreffen; nun ist sie die Kunst geworden, sie über Dinge zu befragen, über die sie nicht Bescheid wissen.“)

Doch im demokratischen und marktwirtschaftlichen Staat ist auch die „latente“ öffentliche Meinung, das unartikulierte Meinen von Individuen, primären, privaten und unorganisierten Gruppen bedeutsam, da es das Konsum- und Wahlverhalten bestimmt. Darüber hinaus gibt es einen tieferen Grund, warum das so schwer faßbare Phänomen öffentliche Meinung, das manche als bloßes Phantom abgetan haben, weiterhin eine zentrale Rolle im politischen Denken und Handeln unserer Zeit spielt: „Ohne die Substitution der öffentlichen Meinung als des Ursprungs aller Autorität der für die Gesamtheit verbindlichen Entscheidungen mangelt der modernen Demokratie die Substanz ihrer eigenen Wahrheit.“ 33).

Das gilt nicht minder für die Sowjetunion.

30) Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*. Grundriß der verstehenden Soziologie, 5., revidierte Auflage, Tübingen 1972, S. 566.

31) Carl Schmitt, *Verfassungslehre*, Berlin 1957, S. 246.

32) Zitiert von Raymond Aron, *Démocratie et totalitarisme*, Paris 1965, S. 352.

33) Landshut, a. a. O., S. 310.

### III. Die sowjetische Ideologie und die öffentliche Meinung: Die Legitimierungsproblematik

Der sowjetische Staatsgründer Lenin stand der öffentlichen Meinung ambivalent gegenüber — eine Ambivalenz, die letztlich typisch für den demokratischen Radikalismus überhaupt ist und die das sowjetische Denken bis heute geprägt hat.

Als Erbe einer langen demokratischen, ja anarchistischen Tradition war Lenin ein plebiszitärer Impuls nicht fremd, zumal es der russischen oppositionellen Denkart entsprach, die Gesellschaft dem Staate entgegenzustellen — ein Moment, das im russischen Begriff *obščestvennoe mnenie*, „gesellschaftliche Meinung“, mitschwingt. „Wir wollen, daß die Regierung immer unter der Kontrolle der öffentlichen Meinung ihres Landes steht“, beteuerte Lenin<sup>34)</sup>. „Sind wir Volksvertreter, dann müssen wir sagen, was das Volk denkt und will“<sup>35)</sup>. „... Nur dann können wir regieren, wenn wir das richtig zum Ausdruck bringen, was das Volk empfindet“<sup>36)</sup>.

Doch Lenin, der große Theoretiker des revolutionären „Bewußtseins“, geprägt von den Ideen der „russischen Aufklärer“ der 1860er Jahre, war ein Gegner jeglicher „Spontaneität“ und damit eines jeglichen Liberalismus: „Jede Prostration vor der Spontaneität der Arbeiterbewegung... verstärkt unweigerlich den Einfluß der bürgerlichen Ideologie auf diese...“<sup>37)</sup>.

Im Grunde wußte er sich im Besitz einer absoluten Wahrheit (worauf Kautsky<sup>38)</sup> mit Recht verwiesen hat). „Leute, die wirklich überzeugt sind, daß sie die Wissenschaft vorwärts gebracht haben, würden nicht die Freiheit der neuen Ansichten neben den alten fordern, sondern daß letztere durch erstere ersetzt werden“, erklärte Lenin<sup>39)</sup>.

Auch Lenin war im Grunde von jenem „ascendant de l'évidence“ beseelt, von dem die Physiokraten (in denen Tocqueville die eigentlichen Theoretiker der Französischen Revolution gesehen hat) gesprochen hatten. So meinte Mercier de la Rivière: „Eine Nation, die glaubt, daß Autorität auf Stimmenmehr-

heit beruht und die eine solche Mehrheit an die Stelle der augenscheinlichen Vernunft (l'évidence) stellt, hat sicherlich keine Kenntnis der bestmöglichen politischen Ordnung.“<sup>40)</sup>

Etwa in demselben Sinne meinte Lenin: „Wir haben nicht das Recht, auch nur um Haaresbreite davon abzukommen, die Masse der Bevölkerung von der Richtigkeit unserer Ideen zu überzeugen.“<sup>41)</sup> Lenin hatte seine Laufbahn als eigenständiger Theoretiker des revolutionären Sozialismus mit der Einsicht begonnen (die er mit dem Revisionismus teilte): aus eigenen Kräften sei die Arbeiterklasse nur zu „Gewerkschaftsbewußtsein“ fähig<sup>42)</sup>. Die Marxsche Synthese aus deutscher Philosophie, französischer Politik und britischer Nationalökonomie war zerbrochen, die ja gerade in der „Vereinigung der großen Volksmassen mit einem über sie hinausgehenden Ziel“ bestanden hatte<sup>43)</sup>.

Während Bernstein als liberaler Demokrat für die „Bewegung“ optierte, wählte Lenin als Revolutionär das „Endziel“: Die Interessen der Revolution standen für ihn — erklärmaßen — über denen des Proletariats<sup>44)</sup>.

Damit war der Bereich der Demokratie verlassen, die Marx im Anschluß an Rousseau als die „wahre Einheit des Allgemeinen und Besonderen“ definiert hatte, wo das „formale Prinzip zugleich das materielle Prinzip“ sein würde<sup>45)</sup>.

Auch Marx hatte betont, es handele sich nicht darum, „was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat sich einstweilen vorstellt“<sup>46)</sup>. „Ich habe stets der momentanen Meinung des Proletariats getrotzt“<sup>47)</sup>. Aber für ihn war es die Geschichte selbst — und nicht etwa eine Partei oder

<sup>40)</sup> Mercier de la Rivière, *L'ordre naturel et essentiel des sociétés politiques*, o. O., 1767.

<sup>41)</sup> Lenin, a. a. O., Bd. 36, S. 15. — Zitiert von Safarov, *Kommunist*, 12, 1977, S. 37.

<sup>42)</sup> Lenin, a. a. O., Bd. 6, S. 373.

<sup>43)</sup> Rosa Luxemburg, *Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie*, in: *Die Neue Zeit*, 2. Bd., 1903—1904, S. 533.

<sup>44)</sup> Siehe hierzu Alex Inkeles, *Public Opinion in Soviet Russia*, Cambridge, Mass. 1967.

<sup>45)</sup> Karl Marx, *Kritik des Hegelschen Staatsrechts*, in: *Karl Marx und Friedrich Engels, Werke*, 39 Bde., Berlin 1956 ff., Bd. 1, S. 231; ders., *Thesen über Feuerbach*, in: *Karl Marx, Die Frühschriften*, Hrsg. Siegfried Landshut, Stuttgart 1953, S. 339.

<sup>46)</sup> Ders., *Die Heilige Familie*, a. a. O., S. 319.

<sup>47)</sup> Ders., *Sitzung der Zentralbehörde (des Bundes) vom 15. September 1850*, *Werke*, Bd. 8, S. 600.

<sup>34)</sup> Lenin, *Polnoe sobranie sočinenij*, izd. 5-e, 55 Bde., Moskau 1958—1965, Bd. 35, S. 19. — Zitiert von Safarov, *Kommunist*, 12, 1977, S. 37.

<sup>35)</sup> Lenin, a. a. O., Bd. 12, S. 279. — Zitiert von Safarov, *Sowjetwissenschaft*, 8, 1977, S. 837.

<sup>36)</sup> Lenin, a. a. O., Bd. 45, S. 122. — Zitiert von Safarov, *Kommunist*, 12, 1977, S. 29.

<sup>37)</sup> Lenin, a. a. O., Bd. 6, S. 38.

<sup>38)</sup> Karl Kautsky, *Terrorismus und Kommunismus*, Berlin 1919, S. 119.

<sup>39)</sup> Lenin, a. a. O., Bd. 6, S. 9.

gar ein Führer —, die das Proletariat „zu Bewußtsein“ bringen würde. Er lehnte daher die aufklärerische Idee einer „Erziehungsdiktatur“ — wie sie von Morelly über Babeuf und Blanqui bis hin zu Lenin vertreten worden ist — ausdrücklich ab: Der Erzieher müsse selbst erzogen werden<sup>48)</sup>.

Lenin hat allerdings nie die letzten politischen Konsequenzen aus seiner faktischen politischen Entmündigung des Proletariats gezogen. Bezeichnend hierfür war, daß er bis zuletzt nur zögernd seine Theorie von der Rolle der revolutionären Partei mit seinen Vorstellungen über den revolutionären Staat im „Übergang“ in Beziehung brachte<sup>49)</sup>. In der Praxis aber trat für ihn die Partei an die Stelle der Klasse als deren gewissermaßen institutionalisiertes Bewußtsein. Diese Konzeption mußte auf den Herrschaftsanspruch der „bewußten“ Elite hinauslaufen, die — wie seine Gegner ihm bereits zu Beginn des Jahrhunderts voraussagten — sich logischerweise schließlich ihrerseits ihrer Führung zu unterwerfen haben würde. Faktisch hatte Lenin damit eine Wendung nachvollzogen wie vor ihm Rousseau: Rousseau hatte die Theorie der radikalen Demokratie als Antwort auf das Denken von Hobbes, des Theoretikers des Absolutismus, entwickelt, indem er von der Einsicht ausging, daß Macht nicht Recht schaffen kann. Aber die Demokratie als herrschaftslose Ordnung, begründet auf der *vôlonté générale*, setzte im Grunde „ein Volk von Göttern“ voraus<sup>50)</sup>. Rousseau gelangte schließlich zu dem Schluß, sollte das unmöglich sein — und er glaubte immer weniger an seine Utopie —, so bliebe als Alternative nur noch „le hobbesisme le plus parfait“<sup>51)</sup>. Lenins Denken machte eine analoge Entwicklung durch: Sollte es „keine ideale [sic!] Diszipliniertheit und kein ideales Bewußtsein“ geben, so könnte die Einführung der „nötigen Unterordnung“ die „scharfen Formen einer Diktatur“ annehmen<sup>52)</sup>, also einer Diktatur auch über das Proletariat.

Als Revolutionär neigte Lenin dazu, an wenigstens zeitweise „bewußte“ Momente des Proletariats zu glauben. Im übrigen war er bereit, „Klassenbewußtsein“ durch Manipulation zu ersetzen — wie die russischen Blanquisten vor ihm.

<sup>48)</sup> Ders., Thesen über Feuerbach, Die Frühschriften, S. 339.

<sup>49)</sup> Hierzu von Borcke, a. a. O., Kap. 10.

<sup>50)</sup> Jean-Jacques Rousseau, *Du contrat social ou principes du droit politique*, Paris 1962, S. 281.

<sup>51)</sup> R. Derathé, *Jean-Jacques Rousseau et la science politique de son temps*, Paris 1950, S. 113.

<sup>52)</sup> Lenin, a. a. O., Bd. 36, S. 200.

Auf die bolschewistische Machtergreifung, den coup einer Partei, die in freien Wahlen eben ein Viertel aller Stimmen auf sich vereinigen konnte, folgte der Ausschluß aller Opposition. Das Ergebnis dieser Linie war absehbar: „Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder der öffentlichen Institutionen, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt.“<sup>53)</sup>

Nach Beendigung des Bürgerkrieges wurde mit dem Fraktionsverbot die Demokratie auch in der Partei ausgeschaltet, als 1921 der X. Parteitag mittels wirtschaftlicher Konzessionen (der NEP) die politische Herrschaft retten sollte.

Es war eine Zeit der Krise, auch in der Partei, die in verschiedene administrative und bürokratische Cliquen auseinanderzufallen drohte<sup>54)</sup>. Aber dahinter stand eine tiefere Logik: Eine Partei, die allen die Freiheit nimmt, kann selbst nicht frei bleiben. Kamenew brachte das deutlich zum Ausdruck: „Wenn man heute sagt, wir wollen die Demokratie in der Partei, wird man morgen sagen, wir wollen die Demokratie in den Gewerkschaften; übermorgen können die Arbeiter, die nicht der Partei angehören, sagen: Gebt uns auch Demokratie...“ und dann könnte man sicherlich auch die Myriaden Bauern nicht daran hindern, ebenfalls Demokratie zu fördern.“<sup>55)</sup>

Fraktionsfreiheit in der Partei, erklärte Zinov'ev 1923, sei gleichbedeutend mit der Freiheit, „parallele Embryo-Regierungen“ bilden zu können<sup>56)</sup>.

Das von Stalin entwickelte politische System war eine konsequente, wenn auch brutale Lösung gewisser Grundwidersprüche des Leninismus. Es war ein System, das es der politischen Führung erlaubte, den Kampf gegen die Kräfte der Gesellschaft erfolgreich aufzunehmen.

Soweit es rein rationaler Deutung zugänglich ist, war das Stalinsche System wesentlich ein „Mobilisierungsregime“. „Totalitäre“ Mobilisierung aber bedeutet, daß Ressourcen aus

<sup>53)</sup> Rosa Luxemburg, *Die Russische Revolution*, Hrsg. Ossip K. Flechtheim, Frankfurt am Main 1963, S. 75.

<sup>54)</sup> Jeremy R. Azrael, *The Internal Dynamics of the CPSU, 1917—1967*, in: *Authoritarian Politics in Modern Society*, S. 263.

<sup>55)</sup> Robert Conquest, *The Great Terror. Stalin's Purge of the Thirties*, London 1968, S. 129.

<sup>56)</sup> Roy A. Medvedev, *Let History Judge. The Origins and Consequences of Stalinism*, New York 1971, London 1972, S. 388.

der Kontrolle von Kollektiven der gesellschaftlichen Subsysteme auf nationale Instanzen übertragen werden. Denn die zu überwindenden traditionellen Auffassungen und Lebensweisen erhalten sich am längsten gerade im Bereich der Primärgruppen<sup>57)</sup>. Kommunistische Revolutionen sind also interpretierbar als eine Methode, um mit politischen Mitteln jene Entwicklung zu erzwingen, die die Gesellschaft spontan nicht aus sich hervorbringen vermöchte<sup>58)</sup>.

Der Stalinismus beinhaltete die Durchsetzung einer geringen Zahl von Prioritäten (in den zwanziger und dreißiger Jahren die Entwicklung der Kohle- und Stahlindustrie und des einfachen Maschinenbaus) mit gewaltsamen Mitteln. Der Preis hierfür war kontrollierte Unterentwicklung in den nicht-prioritären Bereichen. Das noch relativ niedrige Niveau der neuen Industrie erlaubte die administrative Zentralisation auch der täglichen Leitung<sup>59)</sup>.

Der Führung ging es um die revolutionäre Transformation der Gesellschaft, nicht um die Erkenntnis ihrer tatsächlichen täglichen Bedürfnisse und Bestrebungen, die faktisch „konterrevolutionär“ sein mußten<sup>60)</sup>.

Stalin kam dabei die Leninsche Konzeption der Partei zur Hilfe, die sich „über die einstweiligen Interessen des Proletariats“ zu erheben hätte, denn es wäre keine „wirkliche Vorhut“, die ihre Aktivität auf das bloße Registrieren der Leiden und Gedanken der pro-

letarischen Massen beschränke<sup>61)</sup>. Der Einfluß der Gesellschaft sollte bewußt aus der Politik ausgeschaltet werden: Jede Rücksicht auf ihre Bedürfnisse und Aspirationen hätte nur das radikale Programm und letztlich — zumal angesichts des angerichteten Chaos — die Führung selbst in Frage gestellt. Seit Ende der zwanziger Jahre beschränkte sich das Regime in seiner Kommunikationspolitik auf Befehle von oben. Der Apparat wurde bewußt gegen gesellschaftliche Einflüsse immunisiert. Es war also kein Zufall, daß der bloße Begriff einer öffentlichen Meinung im entsprechenden Band der unter Stalin herausgegebenen *Großen Sowjetzyklopädie* von 1939 gar nicht auftaucht.

Während Lenin der empirischen Sozialforschung gegenüber noch Aufgeschlossenheit gezeigt hatte, wurde unter Stalin 1929 — im Jahre der Kollektivierung und des ersten Fünfjahrplanes — der positivistische Wissenschaftsbegriff verbannt. Die Führung interessierte nicht mehr Information über die Gesellschaft, sondern allein die praktischen Probleme ihrer Beherrschung. Dazu diente der Historische Materialismus: Die Ideologie hatte die Diskussion politischer Alternativen zu unterbinden, die Politik der Führung „wissenschaftlich“ zu begründen sowie die Massen zu mobilisieren und zu indoktrinieren<sup>62)</sup>. Für Stalin blieben die Menschen bloße „Schraubchen in den Rädern des großen Staatsapparates“, wie er es in seinem Toast auf dem Siegesbankett vom Juni 1945 ausdrückte.

#### IV. Die Modernisierung und die Herausbildung einer öffentlichen Meinung in der Sowjetunion: Von der Mobilisierung zur Partizipation?

Safarov gelangt in seinem *Kommunist*-Artikel zu dem Schluß: „Je höher das Niveau der Kultur, desto effektiver wird auch die öffentliche Meinung. Und umgekehrt: Der Zustand der Kultur hängt u. a. auch davon ab, wie

vollständig die öffentliche Meinung zum Ausdruck kommt.“

Die heute in der Sowjetunion aktuelle Problematik einer öffentlichen Meinung ist in der Tat Produkt der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Modernisierung, die es mit sich gebracht hat, daß der Histomat als Instrument sozialer Kontrolle zusehends zu versagen beginnt. In der Praxis muß man sich also zunehmend über traditionelle ideologische Prämissen hinwegsetzen.

<sup>57)</sup> The Politics of Developing Areas, Hrsg. Gabriel A. Almond und James S. Coleman, Princeton, New Jersey, 1960, S. 27.

<sup>58)</sup> Richard Löwenthal, Development vs. Utopia in Communist Policy, in: Change in Communist Systems, Hrsg. Chalmers Johnson, Stanford, California 1970, S. 14.

<sup>59)</sup> John R. Hardt, Theodore Frankel, The Industrial Managers, in: Interest Groups in Soviet Politics, Hrsg. H. Gordon Skilling und Fränklyn Griffiths, Princeton, New Jersey 1971, S. 175.

<sup>60)</sup> René Ahlberg, Die Entwicklung der empirischen Sozialforschung in der Sowjetunion, Berlin 1964, S. 29.

<sup>61)</sup> J. Stalin, Fragen des Leninismus, Moskau 1947, S. 87. Siehe auch Alex Inkeles, a. a. O., S. 16.

<sup>62)</sup> Soziologie in der Sowjetunion. Ausgewählte sowjetische Abhandlungen zu Problemen der sozialistischen Gesellschaft, Hrsg. René Ahlberg, Freiburg im Breisgau 1969, S. 17—19.

Die Erfordernisse der Industrialisierung und der Überlebenskampf des Regimes im Zweiten Weltkrieg führten zum Aufstieg neuer funktionaler Eliten. Der Staatsapparat stärkte sich, ja er überflügelte bedeutungsmäßig zeitweilig sogar die Partei. (Dieser Entwicklung bereite- te Chruščev 1957 ein Ende, als er die „partei- feindliche Gruppe“ aus dem Politbüro hinaus- manipulierte). Safarov verweist ausdrücklich auf die Rolle der Spezialisten bei der Bildung der öffentlichen Meinung.

Der Trend zur funktionalen Spezialisierung hat den für das heutige sowjetische Regime typischen „Apparate-Pluralismus“ bedingt. Das verhalf der (einstweilen noch rein büro- kratischen) Politik zum Durchbruch und damit der erhöhten „intrasystemaren“ Debatte, was nicht ohne Rückwirkungen auf die ge- sellschaftliche Meinungsbildung sein konnte. Zudem belebten sich nach Stalins Tod auch innerhalb der Partei protodemokratische Pro- zeduren im ZK und auf der unteren Ebene<sup>63</sup>): Die „öffentliche Meinung“ der Partei ist heu- te ein oft zitierter Faktor<sup>64</sup>), so daß Safarov sie zum Gegenstand wissenschaftlicher Spe- zialuntersuchungen machen möchte.

Die im Gefolge des Zweiten Weltkrieges ge- wonnene Weltmachtrolle der Sowjetunion führte zu einer, wenn auch unbeabsichtigten, ersten Öffnung gegenüber der Außenwelt: Be- reits in der Ždanov-Ära wurde die aktive Aus- einandersetzung mit den Ideen des gegner- ischen Systems auf die Tagesordnung ge- setzt.

Der XX. Parteitag (1956) erbrachte die „Re- habilitation“ der empirischen Sozialwissen- schaften. Ein wesentlicher Faktor hierbei war, daß sich neue Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft abzuzeichnen begannen, die mit den traditionellen administrativen Methoden nicht länger in den Griff zu bekommen wa- ren: Mit der 1956 erfolgten Aufhebung der von Stalin 1940 während des Krieges dekretierten Bindung an den Arbeitsplatz und der möglichen Zwangsversetzungen wurde die Ar- beitskräftefluktuation zum Problem. (1975 wechselte jeder Fünfte einmal im Jahr den Arbeitsplatz!) Seitdem die elementarsten Be- dürfnisse der Bevölkerung befriedigt sind, hat man mit dem Problem unverkäuflicher, min- derwertiger Konsumgüter zu kämpfen. Die de- mographische Entwicklung ist mittlerweile besorgniserregend, da die Slawen drohen, zur

<sup>63</sup>) T. H. Rigby, *Traditional, Market and Organiza- tional Societies* (siehe Anmerkung 7), S. 184— 185.

<sup>64</sup>) Vgl. z. B. I. Kapitonov, *Kommunist*, 11, 1976, S. 31.

Minderheit in ihrem Vielvölkerstaat zu wer- den usw.

Auf dem XXV. Parteitag (1976) nannte Brežnev daher neben der öffentlichen Mei- nung folgende Themen, die die empirischen Sozialwissenschaften untersuchen sollen: Ar- beitsmotivation, das tatsächliche Arbeitsver- halten, demographische Entwicklungen, Wan- del in der Sozialstruktur. Derartige Sachzwan- ge erklären, wieso gerade in dem im übrigen wenig experimentierfreudigen Brežnev-Re- gime die Meinungsforschung ihren eigentli- chen Aufschwung genommen hat<sup>65</sup>), und zwar aufgrund ihrer Rolle als wesentliche soziale Information.

Auch reine Prestigeerwägungen trugen dazu bei, daß die sowjetischen Sozialwissenschaft- ler im Laufe von etwa einem Jahrzehnt das methodische Instrumentarium der westlichen Soziologie rezipierten. Im Zuge der von Chruščev auf dem XX. Parteitag 1956 verkün- deten Koexistenz-Politik begannen sie, an in- ternationalen Konferenzen teilzunehmen und mußten sich daher, schon um mitreden zu können, mit den neuen Ideen näher vertraut machen.

Eine moderne Supermacht kann sich im Inter- esse der Weiterentwicklung ihrer Wissen- schaft, Technik und Wirtschaft nicht völlig von der Außenwelt abkapseln. Faktisch gibt es mittlerweile in der Sowjetunion kaum noch Ideen, die nicht in der einen oder ande- ren Form gedruckt werden können<sup>66</sup>), d. h., so lange sie nicht die Legitimität des Regimes als solchen, die Führung und ihre grundlegen- de politische Linie in Frage stellen. (Hierin besteht weiterhin ein wesentlicher Gegensatz zur westlichen liberalen Demokratie.) Die öf- fentliche Meinung über politische Fragen habe Klassencharakter, schreibt Safarov: „Zum Beispiel kann es im Urteil über das Ni- veau der Demokratie keine Neutralität ge- ben.“

Im ganzen aber haben die partei- und ideolo- giefreien Räume erheblich zugenommen<sup>67</sup>), so daß das sowjetische Regime heute in man- cher Hinsicht offener ist als je zuvor in sei- ner Geschichte. Das zeigen die neuen Einstel- lungen gegenüber der Rüstungskontrolle, der

<sup>65</sup>) Ellen Mickiewicz, *Policy Applications of Public Opinion Research in the Soviet Union*, in: *The Public Opinion Quarterly*, 4, 1972—1973, S. 566.

<sup>66</sup>) Jerry F. Hough, *Political Participation in the Soviet Union*, in: *Soviet Studies*, 2, 1976, S. 3—20.

<sup>67</sup>) Vgl. Richard Löwenthal, *Von der gelenkten Revolution von oben zur spontanen Entwicklung von unten*, in: *Sowjetische Innenpolitik. Triebkräfte und Tendenzen*, Hrsg. Richard Löwenthal und Boris Meissner, Stuttgart, Berlin 1969, S. 125.

Kybernetik, der Umweltproblematik, dem modernen Management, dem Gebrauch quantitativer Methoden in den Sozialwissenschaften bis hin zur Mode<sup>68)</sup>.

Akademienmitglied Fedoseev zitierte kürzlich vielsagend Lenin: „Unter den Bedingungen des Imperialismus werden die reaktionären Übergriffe durch den Fortschritt der Wissenschaft selbst hervorgerufen.“<sup>69)</sup>

Das Zeitalter moderner Massenkommunikation hat zwar dem Staat noch nie dagewesene Möglichkeiten zur systematischen Indoktrination geliefert, zugleich aber gefährdet es sein Informationsmonopol: In der Zeit von 1964 bis 1974 z. B. stieg die Zahl der Kurzwellen-Radios in der Sowjetunion (auf die das Regime bei den großen Weiten des Landes angewiesen ist, um mit der eigenen Bevölkerung in Kontakt zu bleiben) von ca. 35 Millionen auf 57,1 Millionen Empfänger. Man schätzt, daß etwa 40—60 Millionen Personen regelmäßig ausländische Nachrichten hören (was an sich, im Gegensatz zur Verbreitung derartiger Informationen, noch kein Delikt ist). Wichtige Informationen, die nur über ausländische Sender zu erhalten sind, sollen 50—75 % der Bevölkerung erreichen<sup>70)</sup>.

Oswald Spengler nannte einmal die öffentliche Meinung eine Erscheinung der großen Städte. Auch in der Sowjetunion hat die Urbanisierung — und damit der einsetzende Bruch mit den bäuerlichen Traditionen — eine wesentliche Rolle bei der Herausbildung einer öffentlichen Meinung gespielt: Seit Ende der fünfziger Jahre begann das Prinzip angewendet zu werden, daß jede Familie Anspruch auf eine eigene Wohnung hat, womit überhaupt erst ein „Privatbereich“ entstehen konnte. Insofern ist es bezeichnend, daß die Einführung privater Automobile, wie schon unter Chruščev, nicht zuletzt auch wieder auf politische und ideologische Bedenken gestoßen sein soll<sup>71)</sup>. Würden sie doch den privaten, unkontrollierbaren Freiraum noch mehr erweitern. Das Streben nach Privatleben bereitet der Führung überhaupt Sorgen, da es mit der vom „Mobilisierungsregime“ traditionell geforderten totalen Hingabe an öffentli-

che Angelegenheiten nicht vereinbar ist. Hinzu kommt eine andere Stimmung im Lande: Das Ende des Stalinschen Terrors hat auch die lähmende Furcht und das allgemeine Mißtrauen erheblich eingeschränkt; eine neue, selbstbewußtere Generation ist herangewachsen.

Allein der Trend zu erhöhter funktionaler Spezialisierung bedeutet noch keineswegs, daß eine Entwicklung des Regimes in Richtung auf eine letztlich liberale Form der Demokratie bevorsteht, wie die Geschichte der sowjetischen Manager (entgegen einem verbreiteten Mythos von den „Totengräbern“ des Kommunismus) beweist<sup>72)</sup>. Im Gegenteil: Man kann argumentieren, sollte alles, was Modernisierung erfordert, die funktionale Arbeitsteilung sein, so könnte ein Einparteiensystem sowjetischen Typs sogar effizienter als ein pluralistisches Vielparteiensystem sein<sup>73)</sup>. Es gibt Propheten, die angesichts der Entwicklung des modernen Staates gar eine Konvergenz der Systeme auf der Grundlage eines Plansystems nach sowjetischem Muster sehen wollen<sup>74)</sup>. Moderne Systemtheoretiker zeigen einen Hang zu einer ähnlichen Deutung<sup>75)</sup>. Ein Regime wie das sowjetische, so hat auch Safarov betont, könne von den Anforderungen des Systems als ganzen ausgehen, so daß das „Ziel, das der Leitungstätigkeit die Richtung weist und diese kontrolliert, sich den gesamten Leitungsprozeß unterordnet“. Damit, so meinen manche, könnte das sowjetische System den Problemen der heutigen Zeit besser gewachsen sein als eine liberale Ordnung.

Es gibt jedoch Entwicklungen, die mehr gesellschaftliche Partizipation (statt der Mobilisierung) zu fordern scheinen. Das von Stalin ausgebaute System hat sich den Anforderungen einer modernen Industriegesellschaft gegenüber in vieler Hinsicht als zunehmend unzureichend erwiesen, und zwar gerade wegen seiner Natur als bürokratisches, zentralistisches Kommandosystem:

„Die administrative Zentralisation kann' in einem bestimmten Zeitalter und an einem be-

<sup>68)</sup> Siehe die interessanten Ausführungen von Alexander Dallin in: *Survey*, 3/4 (100/101), 1976, S. 44. Vgl. auch den Beitrag der Verfasserin im Jahresbericht Sowjetunion 1976/77, München, Wien 1977.

<sup>69)</sup> *Političeskoe samoobrazovanie*, 7, 1977, S. 66.

<sup>70)</sup> David M. Abshire, *International Broadcasting: A New Dimension of Western Diplomacy*, Beverly Hills, London 1976, S. 45, 46.

<sup>71)</sup> V. Zorza, *International Herald Tribune*, 15. 8. 1976.

<sup>72)</sup> Siehe die wichtige Untersuchung von Jeremy R. Azrael, *Managerial Power and Soviet Politics*, Cambridge, Mass. 1966, S. 175.

<sup>73)</sup> Huntington, a. a. O., S. 15.

<sup>74)</sup> Zum Beispiel John Kenneth Galbraith, *The New Industrial State*, London 1967, S. 108.

<sup>75)</sup> Siehe den glänzenden Aufsatz von Paul Cocks, *The Policy Process and Bureaucratic Politics*, in: *The Dynamics of Soviet Politics*, Hrsg. Paul Cocks, Robert V. Daniels, Nancy Whittier Heer, Cambridge, Mass. und London 1976, S. 156—178.

stimmten Ort alle die verfügbaren Kräfte einer Nation vereinen, aber sie schadet der Vermehrung dieser Kräfte... Der Zentralisation gelingt es mühelos... die Gesellschaft in einem Status quo zu erhalten, der weder ein Verfall noch ein Fortschritt im eigentlichen Sinne ist; ihr gelingt es, im Sozialkörper eine Art administrativer Schläfrigkeit zu unterhalten, die die Administratoren die öffentliche Ruhe und Ordnung zu nennen pflegen. Ihre große Stärke ist das Verhindern, nicht das Handeln.“<sup>76)</sup>

Dieses Urteil Tocquevilles ist im wesentlichen auch das Zeugnis, das viele Beobachter dem sowjetischen Regime ausgestellt haben.

Angesichts der zunehmenden Komplexität einer modernen Wirtschaft und Gesellschaft ist eine gewisse Dezentralisierung unumgänglich geworden, da sonst das System am „Brontosaurus“-Syndrom (K. Boulding) zugrunde gehen müßte, d. h. am Zusammenbruch seines Kommunikationssystems. (So prophezeite 1962 Akademiemitglied V. M. Gluškov, Leiter des Kiever Instituts für Kybernetik, wenn die Sowjetunion mit den bis dahin üblichen Methoden der Planwirtschaft fortfahren würde, müßte bis 1980 die gesamte erwachsene Bevölkerung allein mit der Planung beschäftigt werden<sup>77)</sup>. Allerdings zeigt die Verwaltungswissenschaft auch, daß erhöhte administrative Dezentralisation mehr Konzentration der politischen Entscheidungen erfordert.

Mit der Umstellung von einer extensiven auf eine intensive Wachstumsstrategie hat der „subjektive Faktor“ und damit die Rolle der individuellen Persönlichkeit und ihrer Motivation eine neue Bedeutung gewonnen. Die Kader, so erklärte Akademiemitglied A. Aganbegjan, könnten nicht mehr „als bloße materielle Ressource“ angesehen werden. Die Produktion hinge von der schöpferischen Einstellung der Produzenten zu ihrer Arbeit ab, davon, wie sehr sie sich mit ihrem Produkt identifizieren und wie sehr ihre eigenen vitalen Interessen mit denen der Gesamtproduktion übereinstimmen. Jede wissenschaftlich-technische, organisatorische und Leitungsentscheidung, betont ein anderer Fachmann, werde von vornherein von der Einstellung der Menschen bestimmt, ob diese sie unterstützen oder torpedieren<sup>78)</sup>.

<sup>76)</sup> Alexis de Tocqueville, *De la démocratie en Amérique*, Paris 1963, S. 69, 71.

<sup>77)</sup> Literaturnaja gazeta, 25. 9. 1962.

Kurz, die Planerfüllung hängt letztlich vom Menschen ab, wie Parteichef Brežnev resümierte, und das „individuelle Schöpfertum“ gewinnt immer mehr an Bedeutung<sup>79)</sup> — läuft doch Modernisierung wesentlich auf die maximale Entfaltung individueller und gesellschaftlicher Energien hinaus<sup>80)</sup>. „Die Rolle der öffentlichen Meinung im Bereich der Wirtschaft ist so augenscheinlich, daß man sie als eines der Elemente des sozialistischen Wirtschaftssystems ansehen kann“, schreibt Safarov.

Man sollte aus solchen Entwicklungen nicht vorschnell auf Liberalisierungstendenzen schließen. Die relative politische Liberalisierung, die nach Stalins Tod eingeleitet wurde und die eine wesentliche Voraussetzung für die öffentliche Meinung heute ist, beruhte auf einer politischen Entscheidung der Führung<sup>81)</sup>, so daß der Dissident Esenin-Volpin ausrief: „Selbst die relative Freiheit, die wir gewonnen haben, wurde nicht von unserer Gesellschaft erobert.“<sup>82)</sup> Dennoch ist der neue Stellenwert einer öffentlichen Meinung nicht einfach auf Entscheidungen zurückzuführen, die im freien Belieben der Führung stünden und die sie somit jederzeit rückgängig machen könnte, ohne hierfür einen hohen Preis zahlen zu müssen.

Die Einbeziehung der öffentlichen Meinung in den politischen Entscheidungsprozeß — einstweilen allerdings nur als Information — im Hinblick auf die Schaffung von möglichen „Mechanismen der Selbstregulierung“ in der Gesellschaft weist in der Tat auf die Notwendigkeit von mehr Partizipation (statt Mobilisierung) aufgrund autonomer Entscheidungen von Gruppen und Individuen. Die Geschicke der Wirtschaftsreform haben aber auch angedeutet, daß die Gesellschaft Eigeninitiative selber noch lernen muß, nicht zu sprechen von der ohnehin dominierenden Rolle des modernen Sozialstaats.

<sup>78)</sup> Izvestija, 1. 4. 1975. L. Gol'din, *Socialističeskaja industrija*, 30. 8. 1975.

<sup>79)</sup> Pravda, 16. 8. 1974 und 27. 6. 1974.

<sup>80)</sup> Merle Fainsod, *Bureaucracy and Modernization*, in: *Bureaucracy and Political Development*, Hrsg. Joseph La Palombara, Princeton 1967, S. 266.

<sup>81)</sup> Jeremy R. Azrael, *Varieties of De-Stalinization*, in: *Change in Communist Systems*, Hrsg. Chalmers Johnson, a. a. O., S. 144.

<sup>82)</sup> Zitiert von Robert Conquest, *Russia After Khrushchev*, London 1965, S. 47.

Es gibt liberale Tendenzen unter sowjetischen Sozial- und Geisteswissenschaftlern. So erklärte Jurij Levada 1967 unverblümt: Der Mensch sei „tiefer, komplizierter und in gewisser Weise älter als die existierende Gesellschaft“ und die Gesellschaft „dümmer als der Einzelmensch“<sup>83)</sup>. In der offiziellen Publizistik wendet man sich gegen „Versuche einzelner Philosophen“, den Satz vom Primat des Individuellen über das Gesellschaftliche nachzuweisen<sup>84)</sup>. Auch der Begriff der öffentlichen Meinung selbst hat liberales Potential. Letztlich steht dahinter ein bestimmtes, vom Abendland entwickeltes *Menschenbild*, die Idee, daß das Individuum zur freien Selbstbestimmung aufgerufen ist. In ihrem ursprünglichen Sinne hat die Konzeption der öffentlichen Meinung etwas von der Funktion

einer Kirche: Ihr Eigenwert ist logisch nur voll begründbar, glaubt man an die in allen Menschen vorhandene natürliche Erleuchtung<sup>85)</sup>.

Die sowjetische Führung aber interessiert sich für die öffentliche Meinung in primär instrumentaler Absicht: Wirtschaftsstatistiken reichen nicht mehr, um ein vollständiges Bild von der „Lage der Nation“ zu gewinnen in einer Zeit, in der es wesentlich um Innovation, Effizienz und Qualität geht. Mittels der Einbeziehung der Meinungsforschung in die Entscheidungsfindung soll ein System „sozialer Indikatoren“ ausgebaut werden, das den letzten Stand der Ausbildung von Rückmeldesystemen in den westlichen Industrienationen inkorporiert<sup>86)</sup>.

## V. Öffentliche Meinung und staatliche Leitung: Das Kommandosystem und seine Informationsprobleme

Die öffentliche Meinung, schreibt Safarov, spiele eine Schlüsselrolle bei der Annahme neuer, der Veränderung bestehender und der Aufhebung veralteter normativer Akte der Staatsgewalt sowie bei der Kontrolle der Einhaltung der rechtlichen Werte durch die Staatsgewalt. Vor allem ist sie eine „wichtige Voraussetzung optimaler Entscheidungen“.

Ganz allgemein setzt effektive politische Leitung „feedback“ aus der Gesellschaft voraus, um so mehr heute, wo das sowjetische System um subtilere und effizientere Herrschafts- und Verwaltungsmethoden bemüht ist. Bislang aber ist „der optimale Ablauf der Informationsströme zwischen Staat und Gesellschaft ein noch ungelöstes Problem“, konzediert Safarov.

Das Grunddilemma eines Kommandosystems sowjetischen Typs, das auf hierarchischen Befehlsbeziehungen begründet ist, besteht darin, daß sich die Führung in einer selbstverschuldeten „partiellen Ignoranz“ (M. Ellman) befindet. Denn bekanntlich leiten Bürokratien Informationen nicht einfach „objektiv“ weiter. Jedes Ressort wird z. B. versucht sein, die Dinge zu betonen, die ihm nutzen, und die, die seinen Interessen oder seinem Image zuwiderlaufen, möglichst nicht „nach oben“

weiterzuleiten<sup>87)</sup>, so daß die Führung „oft nur ein verzerrtes Bild von der öffentlichen Meinung“ (Safarov) und damit von der Lage der Gesellschaft hat. Die öffentliche Meinung, schreibt Safarov, würde immer weniger wirksam, je ausgeprägter der Zentralismus sei, ja sie könne sich dann überhaupt immer weniger äußern<sup>88)</sup>. Speziell von den nicht-ökonomischen Kosten ihrer Entscheidungen hat die sowjetische Führung bislang schwerlich ein klares Bild.

Mit Hilfe der mittlerweile auf die staatliche Zahl von fast 400 000 angestiegenen Grundorganisationen der KPdSU<sup>89)</sup> sollte die Führung heute besser als früher über die allgemeine Lage in der Bevölkerung informiert sein, zumal ihr auch die Lokalverwaltungen der Sowjets und die politische Polizei voneinander unabhängig Bericht erstatten<sup>90)</sup>.

Bereits nach Stalins Tod begann auch die Praxis der Konsultation von „Außenstehenden“ durch das Parteipräsidium (seit 1967 „Politbü-

<sup>83)</sup> Jouvenel, a. a. O., S. 334.

<sup>84)</sup> Erwin K. Scheuch, Warum die Sowjets Geschmack an der Meinungsforschung finden, in: *Die Welt*, 9. 7. 1976.

<sup>87)</sup> Zu diesem Problem siehe Herbert A. Simon, *Administrative Behavior*, New York 1970, S. 163.

<sup>88)</sup> Safarov, *Obščestvennoe mnenie i gosudarstvennoe upravlenie*, S. 73, 93.

<sup>89)</sup> Anfang 1976 waren es 390 387. Vgl. *Partijnaja žizn'*, 10, 1976, S. 18.

<sup>90)</sup> Vgl. A. H. Brown, *Policy-Making in the Soviet Union*, in: *Soviet Studies*, 1, 1971, S. 141.

ro“) und das Sekretariat des ZK<sup>91)</sup>. Im Gegensatz zu Chruščev hat das Brežnev-Regime jedoch vor allem die Kommunikation innerhalb der Bürokratien und zwischen diesen betont.

Um ein Bild von den sozialen Realitäten und Stimmungen zu haben, ist von Brežnev erneut die „Arbeit mit Briefen“ betont worden, eine Frage, zu der das ZK 1976 einen speziellen Erlaß herausgab. Denn Briefe seien „ein wichtiger Kanal, der die Partei mit den Werktätigen verbindet“. Kommunistische Regime stellen gern diese Form von individuellen Petitionen heraus: Sie sind ein kleines Sicherheitsventil zum Abreagieren gesellschaftlicher Unzufriedenheit und erlauben der Führung einen gewissen Einblick in die allgemeine Stimmung; schließlich kann auf diese Weise auch ein gewisser Druck auf die untere Bürokratie ausgeübt werden (die allerdings in erster Linie von ihrer jeweiligen Hierarchie und nicht etwa der Öffentlichkeit abhängt). Der politische „Vorteil“ von Briefen ist, daß auf diese Weise ein unerwünschter, latenter Interessenpluralismus in der Gesellschaft nicht wirksam werden kann.

In Wirklichkeit aber sind Briefe kein effektives Mittel zur Ergründung der öffentlichen Meinung: Allein auf dieser Grundlage ist es so gut wie unmöglich, ein klares Bild von der Einstellung der verschiedenen sozialen Gruppen angesichts komplexer Fragen zu gewinnen, schreibt Safarov. Die in Briefen zum

Ausdruck gebrachten individuellen Belange haben keinen repräsentativen Öffentlichkeitscharakter. Hinzu kommt, daß die Lokalverwaltungen mit der Flut der Briefe gar nicht fertig werden<sup>92)</sup>.

Kurz, in einem System ohne unabhängige gesellschaftliche Organisationen, die die Forderungen und Kritiken der Gesellschaft sichten, filtern, zusammenfassen und vereinheitlichen, droht die Führung am Übermaß der „rohen“ Informationen zu ersticken. Das gilt um so mehr, als das sowjetische System seinen ideologisch motivierten Anspruch auf totale Leitung weiterhin herausstellt, so daß auch die Forderungen aus dem gesellschaftlichen Bereich an das politische System entsprechend umfangreich sein müssen.

Das Informationsproblem erklärt, warum die Meinungsforschung in der Sowjetunion bedeutende Aktualität gewonnen hat — ungeachtet des ideologischen Mißtrauens gegenüber den empirischen Sozialwissenschaften: Denn viele der Rückmeldemechanismen, die in westlichen Industriegesellschaften soziale Information vermitteln — Märkte, Wahlen, eine vom Staat unabhängige Presse, autonome Parteien und Verbände —, fehlen in der Sowjetunion. Safarovs Schluß: „Die Praxis verlangt eine wissenschaftliche Ausarbeitung der optimalen Formen der Wechselwirkung zwischen öffentlicher Meinung und Leitungssystem, da die existierenden Formen unzureichend sind.“

## VI. Der Kampf gegen den staatlichen Bürokratismus

Ganz unmittelbar hat das neue Interesse der sowjetischen Führung und vor allem des Generalsekretärs an der öffentlichen Meinung eine unverkennbare antibürokratische Spitze, die sich in erster Linie gegen die Staats- und Wirtschaftsverwaltung richtet, deren — durch das hergebrachte Plansystem wesentlich mitbedingter<sup>93)</sup> — Hang zum „Ressortegoismus“ ein altes Problem ist. (Die Partei, die eigentlich Schlüsselbürokratie des Regimes, ist aus den Diskussionen weitestgehend ausgeklammert.)

<sup>91)</sup> Hierzu siehe Tatjana Kirstein, Die Konsultation von „Außenstehenden“ durch den Partei- und Staatsapparat sowie den Obersten Sowjet der UdSSR als stabilisierender Faktor des sowjetischen Herrschaftssystems, Berlin 1972, S. 26.

<sup>92)</sup> Vgl. James Oliver, Citizen Demands and the Soviet Political System, in: The American Political Science Review, 2, 1969, S. 63.

<sup>93)</sup> Siehe hierzu u. a. Abraham Katz, The Politics of Economic Reform in the Soviet Union, New York, Washington, London 1971, S. 51—52.

Auch Chruščev hatte versucht, den Bürokratismus mit Hilfe des Rückgriffs auf gesellschaftliche Elemente zu bekämpfen, ohne es dabei so weit kommen zu lassen, daß den Kräften der Gesellschaft echte Repräsentation eingeräumt werden mußte. Safarov verweist in seinem *Kommunist*-Artikel darauf, daß die öffentliche Meinung „in allen Gliedern und auf allen Ebenen der wirtschaftlichen Tätigkeit“ nutzbar gemacht werden könne, u. a. zur „Entwicklung des sozialistischen Wettbewerbs“.

Chruščev scheint schließlich empfunden zu haben, daß die für die Modernisierung nötige Entfaltung gesellschaftlicher und individueller Initiativen auch eine Neufestlegung der Autoritätsbeziehungen erforderte<sup>94)</sup>. Das aber ist eine Problematik, der das Brežnev-

<sup>94)</sup> Vgl. George W. Breslauer, Khrushchev Reconsidered, in: Problems of Communism, 5, 1976, S. 20.

Regime bislang vorsichtig aus dem Wege gegangen ist bzw. die es mit Hilfe moderner Leitungswissenschaft — Brežnevs „Siegewisenschaft“ — zu bewältigen hofft.

Es ist aber nicht auszuschließen, daß Brežnev und vielleicht die Spitzenführung allgemein heute gegenüber der Staatsbürokratie zu analogen Schlüssen gelangt sind wie Chruščev (jedenfalls ehe er 1958 selber Ministerpräsident wurde), zumal an der Inflexibilität und dem Konservatismus dieser Bürokratie die von Kosygin 1965 eingeleitete Wirtschaftsreform sehr bald scheiterte<sup>95)</sup>, und dieser Apparat sich weiterhin als Hemmschuh der Modernisierung erweist, wie das Geschick der Produktions- und Industrievereinigungen andeutet<sup>96)</sup>.

Bislang, so moniert Safarov, gebe es keine Bewertungskriterien, an denen die Entscheidungen und die Aktivität der Staatsorgane im allgemeinen und speziell die der Leitungsorgane zu messen seien. Die öffentliche Meinung aber könnte helfen, die Verantwortlichkeit der Staatsorgane zu erhöhen. Dazu gelte es vor allem, die Operationen der staatlichen Organe transparenter zu machen: „Die Informiertheit der Bevölkerung über rechtliche und staatliche Fragen setzt Öffentlichkeit der Arbeit der Regierung, der Ministerien und Exekutivkomitees voraus.“

Aber hierzu seien noch viele Fragen rechtlich zu regeln. Safarov schlägt vor, die Kollegien der Ministerien (bestehend aus dem jeweiligen Minister und seinen Stellvertretern) um Vertreter der Arbeiter, Angestellten und Gewerkschaften zu erweitern und ihre Kompe-

tenzen zu erhöhen (wofür sich auch Brežnev eingesetzt hat). Die Kontrolle der öffentlichen Meinung über den Staatsapparat würde mittels der gesellschaftlichen Organisationen, der Volkskontrolle und der Massenmedien ausgeübt werden: „Ein mächtiger politischer Garant dafür, daß die öffentliche Meinung in Betracht gezogen wird, ist die Partei, die nach einer allgemeinen Demokratisierung der (staatlichen) Leitung strebt.“

Es ist klar, daß damit auch der Einfluß der Partei über die staatliche Leitung erhöht würde. Die öffentliche Meinung wäre eine Waffe gegen fachlich bedingte Informationsmonopole im Staatsapparat, die diesen bei der bürokratischen Festlegung der Politik begünstigen.

Safarov resümiert im *Kommunist*, das neue Desideratum bereits als Faktum hinstellend: „Die Bürger diskutieren die normativen Akte der Staatsorgane ebenso wie die Arbeit von Amtspersonen ganz gleich welchen Ranges, und, falls nötig, kritisieren sie diese auch.“

Bei der heutigen Aufwertung der öffentlichen Meinung könnte schließlich auch der Umstand eine Rolle spielen, daß im Juni 1977 Brežnev Staatsoberhaupt wurde und damit Chef der Hierarchie von Sowjets, zu deren wesentlichen Funktionen als repräsentativen Organen es gehört, der öffentlichen Meinung Ausdruck zu verleihen. Suslov betonte kürzlich: „Die Rolle der Sowjets aller Stufen ist im gesellschaftlichen Leben und bei der Verwirklichung der Kontrolle über die Tätigkeit der Exekutivorgane wesentlich erhöht worden.“<sup>97)</sup>

## VII. Systemfremde Einflüsse und interne Spannungen

Es wird kein bloßer Zufall sein, daß die öffentliche Meinung gerade im Sommer 1977 im Zentralorgan des ZK diskutiert wurde.

Die Meinungsforschung hatte im Gefolge der Reaktion auf den Prager Frühling 1968 einen zeitweiligen Rückschlag erlitten<sup>98)</sup>. Aber gerade in den letzten zwei Jahren hat es Entwicklungen gegeben, die erklären helfen, warum die öffentliche Meinung für die Füh-

rung zum besonderen Diskussionsgegenstand geworden ist: Die Konferenz von Helsinki hat zu unerwarteten Auswirkungen in der Sowjetunion und innerhalb ihres Hegemonialbereiches geführt. Hinzu kamen die Mißernte von 1975 und in ihrem Gefolge Versorgungsmängel im Jahre 1976, die in der Sowjetunion sogar gewisse Unruhen hervorriefen<sup>99)</sup>, so daß auf dem Oktober-Plenum 1976 offenbar Ergebnisse von Meinungsumfragen im Hinblick auf die weitere Wirtschaftspolitik diskutiert wurden<sup>100)</sup>. (Die KPdSU verfügt mittlerweile über eine eigene Partei-Soziologie.)

<sup>95)</sup> Vgl. Gertrude Schroeder, Soviet Economic „Reforms“: A Study in Contradictions, in: Soviet Studies, 1, 1968, S. 37.

<sup>96)</sup> Alice C. Gorlin, Industrial Reorganization: The Associations, in: Soviet Economy in a New Perspective, Washington, D. C. 1976, S. 162—188.

<sup>97)</sup> Suslov, *Kommunist*, 14, 1977, S. 19.

<sup>98)</sup> Elizabeth Ann Weinberg, The Development of Sociology in The Soviet Union, London, Boston 1974, S. 112.

<sup>99)</sup> Le Monde, 6.—7. 7. 1976; Times, 1. 11. 1976; Monitor (Deutsche Welle), 5. 11. 1976.

<sup>100)</sup> Christian Duevel, Entwicklungen in der sowjetischen Führung seit dem XXV. Parteitag, Berichte des BIOst 58/1977, S. 19—21.

Derartige interne Mißstimmungen dürfte die Führung nicht leicht nehmen. Nicht nur, daß sich das Regime heute einer kritischen Intelligenz gegenüber sieht, wie u. a. Meinungsumfragen verdeutlicht haben, die zeigen, daß es gerade die Jüngeren und Gebildeteren sind, die oftmals die offiziellen Stellungnahmen mit Skepsis aufnehmen. Auch unter den Arbeitern, so berichtete A. Amalrik, gebe es Opposition, die sogar noch stärker sein soll als die der Intelligenz und die sich in lokalen „Sabotage“-Akten und ähnlichem äußere<sup>101)</sup>. Immerhin haben die Meinungsumfragen aber auch einen — aus westlicher Sicht vielleicht schon geradezu erstaunlichen — Grad der Übereinstimmung der Bevölkerung mit dem Regime gezeigt. Aber die Führung macht sich Gedanken über die tatsächliche Effektivität der Indoktrination, was Brežnev schon wiederholt veranlaßte, die Bedeutung der Sozialwissenschaften herauszustellen. Denn, so resümiert Safarov: „Die Partei, die Staatsorgane und die Massenmedien brauchen unbedingt eine zuverlässige Rückmeldung darüber, ob ihre ideologischen Konzeptionen auch tatsächlich zum Ziele führen.“

Bereits in der ZK-Resolution vom August 1975 „Über die Arbeit bei der Auswahl und Ausbildung ideologischer Kader in der Parteiorganisation von Weißrußland“ (Probleme darf es gemäß sowjetischer Konventionen nie im gesamt-nationalen Maßstab geben, daher die Bezugnahme auf lokale und regionale Verhältnisse in derartigen Resolutionen) wurde u. a. die Weiterentwicklung der Meinungsforschung gefordert. Brežnev nannte sie auf dem XXV. Parteitag im Februar 1976 unter den aktuellen Problemen, die „schöpferisch“ zu behandeln seien.

Doch die unter M. Rutkevič während seiner Amtszeit (1972—1976) durchgeführte Säuberung des 1968 gegründeten Akademieinstituts für Soziologische Forschung — der etwa 40 bis 50 Prozent der Mitarbeiter zum Opfer fielen — demonstriert die weiterhin prekäre Stellung der empirischen Sozialwissenschaften. Allerdings soll nach dieser Säuberung der Parteiapparat selbst zu dem Schluß gelangt sein, es lohnte nicht mehr, das gereinigte Institut zu konsultieren<sup>102)</sup>.

Die Meinungsforschung hat gerade in der Sowjetunion mangels wesentlicher sozialer Rückkoppelungsmechanismen eine potentiell vitale Rolle, „bestehende Widersprüche innerhalb der oder zwischen den sozialen Gruppen zu ermitteln“. Die Unruhen in Polen im

Juni 1976 — wo sich zum erstenmal seit 1970 erneut die Macht einer Art öffentlicher Meinung manifestierte — müssen analoge, frühere Geschehnisse im sowjetischen Hegemonialbereich ins Gedächtnis zurückgerufen und die Führung veranlaßt haben, sich über die öffentliche Meinung im eigenen Lande Gedanken zu machen. In dem *Kommunist*-Artikel Safarovs wird zwar zunächst die herkömmliche Klischeevorstellung angeführt, im sozialistischen (im Gegensatz zum bourgeoisen) System könne die öffentliche Meinung nicht danach streben, „die Systemgrenzen zu überschreiten“, da dieses System auf sozialpolitischer Einheit beruhe und das „leibliche Kind“ der Werktätigen sei. Dennoch mutet es wie eine „äsopische“, verkappte Warnung an, daß Safarov einen westlichen Spezialisten zitiert, der (natürlich im Hinblick auf Geschehnisse im Westen) schrieb: „Wird Menschen, die an einer Frage ... vital interessiert sind, dauernd der Zugang zum System versagt, so beginnen sie das Gefühl zu entwickeln, daß das politische System nicht mehr auf ihre Bedürfnisse und Forderungen reagiert, und sie können versuchen, den Rahmen dieses Systems zu sprengen.“<sup>103)</sup>

Das entspricht genau der Deutung der polnischen Geschehnisse vom Juni 1976, zu der drei polnische Regime-Kritiker gelangt sind: „In einer Situation, in der alle Gruppen und Schichten der Gesellschaft nicht nur politisch nicht repräsentiert sind, sondern nicht einmal Gelegenheit haben, ihre Bestrebungen und Forderungen zum Ausdruck zu bringen, gibt es keine normalen Kommunikationskanäle und damit auch keine Kanäle zum Verhandeln und Lösen von Konflikten.“<sup>104)</sup>

Einstweilen gibt es aber auch in der Sowjetunion nicht einmal eine sonderlich effektive Konsultation auch nur jener Gruppeninteressen, auf die sich das Regime im Interesse sowohl seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit als auch der sozialen Kontrolle stützen muß<sup>105)</sup>, geschweige denn echte Repräsentation der entscheidenden sozialen Kräfte. Safarov fordert daher u. a. die Erforschung der „öffentlichen Meinung“ der gesamten Arbeiterschaft, der Kolchoz-Bauern und der Intelligenz.

<sup>103)</sup> J. J. Best, *Public Opinion. Micro and Macro*, Homewood, Ill. 1973, S. 269. — Zitiert von Safarov, *Kommunist*, 12, 1977, S. 32.

<sup>104)</sup> L. Kolakowski, W. I. Brus, A. Michnick, *Times*, 10. 12. 1976.

<sup>105)</sup> Vgl. M. Croan, in: *Survey*, Sommer 1969, S. 42. Analog: Teresa Rakowska Harmstone, *Towards a Theory of Soviet Leadership Maintenance*, in: *The Dynamics of Soviet Politics*, a. a. O., S. 53.

<sup>101)</sup> *International Herald Tribune*, 17. 12. 1976.

<sup>102)</sup> *International Herald Tribune*, 13. 10. 1976.

## VIII. Schlußbetrachtung: Probleme und Zukunft der Meinungsforschung in der UdSSR

Es ist zweifellos beachtenswert, daß die öffentliche Meinung mittlerweile zum mehr oder minder offen diskutierten Problem in der sowjetischen Führung geworden ist, wenn sich auch der ukrainische Parteichef Ščerbickij beklagt hat, bislang fehle noch jede praktische Anleitung, wie diese überhaupt in Betracht zu ziehen sei <sup>106)</sup>.

Der so schwer konkretisierbare Begriff ist mittlerweile in die von Brežnev lancierte neue Verfassung (Artikel 9) aufgenommen worden, deren Artikel 49 auch ausdrücklich untersagt, Menschen wegen „Kritik“ zu verfolgen.

Während 1963 aktive Soziologen in der Sowjetunion nur ein paar Dutzend zählten <sup>107)</sup>, hat die Sowjetische Gesellschaft für Soziologie heute etwa 3 000 Mitglieder (ca. achtmal so viel wie die „Deutsche Gesellschaft für Soziologie“ <sup>108)</sup>). Mittlerweile sollen in der Sowjetunion mehr empirische soziologische Untersuchungen angestellt worden sein als sogar in den USA, wie aus einer Parteiquelle verlautet <sup>109)</sup>. Allerdings ist nur ein kleiner Bruchteil dieses (für das sich ideologisch legitimierende Regime potentiell explosiven) Materials veröffentlicht worden.

Die empirischen Sozialwissenschaften haben sich am ehesten im Bereich wirtschaftlicher Fragen — wie modernes Management (und daneben auch in der Kriminalistik) — von der ideologischen Zwangsjacke befreien können. Fragestellungen, die für die Legitimität des Regimes kritisch werden könnten, haben bislang wenig Fortschritte gemacht. Das gilt in erster Linie für die politische Wissenschaft <sup>110)</sup>, ungeachtet der mutigen Forderung von F. Burlackij 1965, Probleme aufzugreifen, zu denen die Antwort „nicht im voraus gegeben“ sei <sup>111)</sup>. Safarov hat auf diesem Gebiet insofern einen wesentlichen Beitrag geleistet.

<sup>106)</sup> Kommunist, 18, 1976, S. 18.

<sup>107)</sup> Alex Simirenko, International Contribution by Soviet Sociologists, in: Social Thought in the Soviet Union, Hrsg. Alex Simirenko, Chicago 1969, S. 393.

<sup>108)</sup> Erwin K. Scheuch, in: Die Welt, 9. 7. 1976. Vgl. auch Borys Lewytzkyj, Soziologische Untersuchungen in der Sowjetunion. Probleme und Schwerpunkte, in: Osteuropa, 4, 1971, S. 265—272.

<sup>109)</sup> International Herald Tribune, 13. 10. 1976.

<sup>110)</sup> Vgl. hierzu u. a. Rolf H. W. Theen, Political Science in the USSR, in: Problems of Communism, 3, 1972, S. 65.

<sup>111)</sup> F. Burlackij, Politika i nauka, in: Pravda, 10. 1. 1965, S. 4.

Safarov fordert in seinem *Kommunist*-Artikel — wie schon 1967 — die Schaffung eines Instituts für Öffentliche Meinung mit dem Ziel der wissenschaftlichen Politikberatung (die laut Safarov bislang nur von dem 1968 gegründeten Akademieinstitut für Soziologische Forschung, wie es seit 1972 heißt, und dem Institut für die USA und Kanada unter dem unkonventionellen G. Arbatov wahrgenommen wird). Dieses Institut solle mit der Statistischen Zentralverwaltung zusammenarbeiten. Sein Wunsch ist es, allmählich die Meinung der gesamten erwachsenen Bevölkerung zu den aktuellsten Problemen zu erfassen. Dahinter steht ein beachtliches Programm.

Die Bürger seien bestrebt, sich zu jeder wichtigen Frage zu äußern, meint Safarov. Dazu zählt er die aktuellen Fragen der Innen- und Außenpolitik, Probleme des national-staatlichen und administrativ-territorialen Aufbaus, das Funktionieren der repräsentativen Organe, juristische Fragen, Gesetze und Dekrete und die Gründe für das Auswechseln leitender Persönlichkeiten. Die Logik der Demokratie erfordere die Äußerung der öffentlichen Meinung vor und nach jeder wichtigen politischen und staatlichen Entscheidung.

Das aber setzt Publizität voraus: Die Bürger müßten über ihre Rechte und Pflichten besser informiert werden. Kritisch verweist er auf die sowjetische Praxis, daß „mitunter normative Akte, die den Rechtsstatus der Bürger regulieren, spät oder gar nicht veröffentlicht werden“.

Publizität sollte rechtlich abgesichert werden, denn, so zitiert er Lenin: „Ohne Publizität ... wäre es lächerlich, von Demokratismus zu sprechen“. Lenin sei stets davon ausgegangen, daß dem Volk „vollständige, wahrheitsgemäße und operative Information über die Arbeit der leitenden Organe gewährleistet sein muß“.

Information fördere die politische und rechtliche Sozialisierung der Persönlichkeit und sei „ein Kennzeichen der sozialistischen Demokratie“. „An der Intensität der Informations- und Rechtsbeziehungen kann man den Grad des Demokratismus in der Beziehung von Staat und Gesellschaft ablesen.“

Die Informiertheit würde letztlich auch das Prestige der staatlichen Leitung, ihrer Pläne und Aktionen heben: „Der dauernde Dialog der öffentlichen Meinung und der staatlichen Leitung ... schwächt nicht etwa die Positio-

nen beider Parteien, im Gegenteil: er stärkt sie.“

Am Grad der Informiertheit der Bevölkerung ließe sich auch der Grad des Vertrauens ablesen, das der Staat seinen Bürgern schenkt. Letztlich, so sieht Safarov klar, haben die Manifestierungsformen der öffentlichen Meinung „verfassungsmäßige Bedeutung“. Es geht um die Erweiterung der rechtlichen Möglichkeiten der Bürger, „die demokratischen Institutionen zu nutzen, die die Garanten der Volkssouveränität sind“. Die Frage der Ausarbeitung eines Mechanismus, der die öffentliche Meinung zum Ausdruck bringt, werde immer aktueller. Ohne die „konsequente Vervollkommnung des Funktionsmechanismus der öffentlichen Meinung ist die Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie undenkbar“.

Safarov wünscht die „Institutionalisierung“ der öffentlichen Meinung im Sinne einer Garantie dafür, daß in bestimmten Fällen die öffentliche Meinung Stellung beziehen wird: „Der Grad der Institutionalisierung der öffentlichen Meinung ist ein Parameter der Reife der sozialistischen Demokratie.“

Offensichtlich sei es an der Zeit, spezifische Verfahren auszuarbeiten, mit deren Hilfe man bei der Wahrnehmung der Leitungsfunktionen und bei der Entscheidungsfindung die öffentliche Meinung besser berücksichtigen und nutzen könne. Die öffentliche Meinung sei ein Garant der Legalität. (1964 trat Safarov für eine Verfassungsgerichtsbarkeit ein.)

Auch die Effektivität der Rechtsakte hänge wesentlich davon ab, in welchem Maße sie sich auf die öffentliche Meinung stützen könnten.

Safarov hat zwar erklärt, die öffentliche Meinung bedürfe der Leitung durch die Partei, doch im ganzen mutet dieses Programm wie ein Plädoyer für eine Form von sozialistischem Parlamentarismus an, für eine echte Liberalisierung des Systems. Bis zu einem gewissen Grade könnte das Programm Bestrebungen der Parteiführung entgegenkommen, die mittels der öffentlichen Meinung eine zunehmende Rolle der Partei erwirken möchte; aber die Frage ist, ob man auf Dauer mit der Betonung der Publizität und Partizipation auch vor dieser bislang noch sakrosankten Bürokratie haltmachen könnte. Denn Safarov wünscht Publizität, u. a. auch Veröffentlichung der Ergebnisse der Meinungsumfragen in weit größerem Maßstab als bisher, was wiederum auf die Bildung der öffentlichen Meinung zurückwirken könnte und sollte.

Safarovs Programm dürfte jedoch in der Praxis auf enge, systembedingte Grenzen stoßen. Die Meinungsforschung (wie überhaupt die empirischen Sozialwissenschaften) soll nach dem Wunsch der Führung Herrschaftswissen sein. Sie hat die für rationale Entscheidungen nötigen Informationen zu liefern und im übrigen eine „pädagogische“ Aufgabe bei der Abwehr „bourgeois“ Ideenguts wahrzunehmen: Sie soll helfen, die öffentliche Meinung im gewünschten Sinne zu „formen“, „aufgrund der kommunistischen Ideologie“, damit sie der „Stärkung der sozialistischen Ordnung“ diene. Die besondere Aufgabe der Partei und Medien sei es, dafür zu sorgen, daß sich die Menschen „über die Grenzen ihrer Konsumenteninteressen“ erheben.

Es ist aber höchst fraglich, ob das Regime die zur Bildung einer effektiven öffentlichen Meinung nötige Publizität wirklich zulassen kann. Zur hergebrachten Herrschaftstechnik hat ganz wesentlich die Kontrolle über alle Kommunikationen gehört, was wiederum die Voraussetzung für die Kontrolle über alle Organisationen ist<sup>112)</sup>. Hierin, mehr als im Terror, hat man das eigentliche Wesen des „Totalitarismus“ erblicken wollen<sup>113)</sup>. Wie wichtig dem Regime diese Kontrolle ist, illustriert nicht nur die Verfolgung von Leuten, die angeblich den Staat verleumdende Informationen verbreiten. Auch die großen Ausgaben für Störsender — die von etwa 300 Millionen Dollar im Jahre 1971 auf 3 Milliarden Dollar im Jahre 1975 angestiegen sein sollen<sup>113a)</sup> — verdeutlichen, wie allergisch das System auf das Einströmen fremder Ideen reagiert.

Dennoch ist etwas an dem Argument, die Soziologie habe mittlerweile in der Sowjetunion einen subtilen, aber tiefen Einfluß auf die politische Entscheidungsfindung genommen<sup>114)</sup>. Das Brežnev-Regime hat die überkommenen, unter Stalin entwickelten Strukturen bewahrt, ja z. T. restauriert (im Falle der traditionellen Ministerien). Neu aber ist die Betonung der Information als Voraussetzung rationaler Entscheidungen — nicht zuletzt eine Reaktion auf den Chrusčevschen „Subjektivismus“. Damit hat auch die öffentliche Meinung als eine vitale Form sozialer Information eine Aufwertung erfahren, nämlich — in den Worten

<sup>112)</sup> Vgl. A. Janos in: *Authoritarian Politics*, S. 42.

<sup>113)</sup> Gabriel A. Almond, *A Functional Approach to Comparative Politics*, in: *Politics of Developing Areas*, a. a. O., S. 47.

<sup>113a)</sup> Abshire, a. a. O., S. 49.

<sup>114)</sup> Zev Katz, *Sociology in the Soviet Union*, in: *Problems of Communism*, 3, 1971, S. 38—39.

Safarovs — als „Träger politischer Informationen“, als „Quelle für die Ausarbeitung politischer Entscheidungen“ und als „Rezensent des politischen Kurses“. Charakteristisch für den Leitungsstil der Partei sei das „allseitige und profunde Studium der öffentlichen Meinung“, erklärte Brežnev bereits 1966 auf dem XXIII. Parteitag<sup>115)</sup>. Damals stellte er die Sozialwissenschaften in ihrer Bedeutung gleich.

Auf dem XXIV. Parteitag 1971 sprach der Parteichef von der „Verbesserung der innerparteilichen Information“ im Hinblick auf effizientere „Leitung, Erziehung und Kontrollen“<sup>116)</sup>. Diese neue Formulierung zielte offenkundig auf die erhöhte Nutzung der empirischen Sozialwissenschaften im Dienste der politischen Entscheidungsfindung ab. Die empirischen Sozialwissenschaften — die in der Sowjetunion mit erheblicher Verspätung Entwicklungen nachvollziehen, die in anderen Ostblockländern schon vor Jahren durchgemacht worden sind — sollen nun der Führung helfen, die Gesellschaft in ihrer Faktizität besser zu erkennen, um sie desto besser lenken zu können. Insofern ist diese Einstellung der Lenins gleich, der in den gesellschaftlichen Gegebenheiten primär die taktischen Voraussetzungen für politische Maßnahmen sah. Hierzu gilt es, schreibt Safarov, die öffentliche Meinung „unter ideologischen, politischen, juristischen, moralischen, psychologischen, kulturellen, informatorischen und prognostischen Gesichtspunkten“ zu studieren.

Damit hat sich in der Tat ein neues Verhältnis von Staat und Gesellschaft anzubahnen begonnen. Chance und Risiko hierbei ist, daß die Gesellschaft, indem sie eine gewisse Anerkennung als politischer Faktor gewonnen hat, sich schließlich selbst als Kraft bewußt wird, was bereits der Umstand bewirken kann, daß Individuen gewahrt werden, daß sie nicht allein mit ihren Ideen und Interessen

sind. Die ideologisch vorgeschriebene Einheit von Staat und Gesellschaft ist vom Axiom zum Problem geworden, so daß Safarov fragen kann: „Wann (und warum) kann man davon sprechen, daß zwischen der öffentlichen Meinung einerseits und den staatlichen Organen andererseits eine Einheit unter axiologischem (d. h. keines weiteren Beweises bedürftigem) Aspekt besteht . . .?“

Die bloße Frage setzt voraus, daß die ideologische Behauptung einer (gar zunehmenden) politisch-ideologischen und sozialen Geschlossenheit zweifelhaft ist. Das Bedürfnis, die öffentliche Meinung als soziale Information für die Entscheidungsfindung nutzbar zu machen, ohne dadurch Fragestellungen aufkommen zu lassen, die sich letztlich gegen die Legitimität des Einparteienregimes richten könnten, erklärt die Forderung nach einer neuen, „marxistisch-leninistischen“ Konzeption dieses Phänomens.

Faktisch sieht sich die Partei heute bereits in der Rolle des allgemeinen Vermittlers<sup>117)</sup>. Das wäre ein Schritt in Richtung auf die westliche Vorstellung vom politischen System als eines Mechanismus zur Lösung von Interessenkonflikten. Doch ein tatsächlich repräsentatives Regime müßte pluralistisch sein. Dafür aber gibt es keinerlei institutionelle Voraussetzungen. Hinzu kommt, daß der Spielraum für echten Wandel in den Zielen und Methoden der sowjetischen Politik heute geringer sein dürfte als je zuvor in der Geschichte des Regimes.

Auf jeden Fall wird die weitere Entwicklung der Meinungsforschung — wie überhaupt die der empirischen Sozialwissenschaften — ein Barometer sein, das anzeigt, wie weit sich das Regime von überlieferten Dogmen und Methoden lösen zu können glaubt, und damit, ob es weitere Schritte vollziehen kann auf dem Wege von der Mobilisierung zur Partizipation, von der revolutionären Bewegung zum modernen Staat, der weder Welterschöpfer noch Vormund der Gesellschaft ist, sondern ihr Repräsentant und ihr Diener.

<sup>115)</sup> XXIII s'ezd Kommunističeskoj partii Sovetskogo Sojuza. Stenografičeskij otčet, Bd. 1, Moskau 1966, S. 126.

<sup>116)</sup> XXIV s'ezd Kommunističeskoj partii Sovetskogo Sojuza. Stenografičeskij otčet, Bd. 1, Moskau 1971, S. 120.

<sup>117)</sup> Brežnev, Leninskim kursom, Bd. II, S. 580—581.

## **Heribert Korfmacher: Moskau und der Eurokommunismus**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/78, S. 3—12

Die Sowjetunion ist nicht bereit, kommunistische Gesellschaften zu akzeptieren, deren Strukturen nicht denen des Sowjetsystems entsprechen und die nicht die totale Unterordnung unter den Primat Moskaus vollziehen. Das sowjetische System wird „als obligatorisch für alle sozialistischen Länder“ auch in den neuesten Moskauer Parteipublikationen propagiert. Wer sich innerhalb der kommunistischen Bewegung für „verschiedene Wege zum Sozialismus“ ausspricht, wird als „bourgeoiser Revisionist“ bezeichnet. Der Kreml hat in der letzten Zeit eine scharfe ideologische Kampagne gegen alles entfacht, was sich nicht bedingungslos dem Kommunismus sowjetischer Prägung zu fügen bereit ist. Den aktuellen Anstoß gaben Äußerungen des Generalsekretärs der spanischen kommunistischen Partei, Santiago Carrillo, dessen Buch ‚Eurokommunismus und Staat‘ eine deutliche Absage an die Glaubwürdigkeit des Kommunismus sowjetischer Machart darstellt.

Carrillos Thesen, die darin gipfeln, daß Moskaus Kommunismus-Modell für andere Länder nicht anwendbar bzw. nicht nachahmenswert ist und daß die Sowjetunion mit ihrem politischen System nichts anderes anstrebe als eine imperialistische Welt-herrschaft, sind die Fortsetzung einer Entwicklung, die mit dem Bruch zwischen Tito und Stalin begonnen hatte. Die jugoslawischen Kommunisten hatten seitdem ihren „eigenen Weg zum Sozialismus“ eingeschlagen und damit ein Schisma in der kommunistischen Weltbewegung herbeigeführt. Heute, dreißig Jahre danach, werden sie wieder von der Moskauer Propaganda mit den gleichen Beschuldigungen überhäuft wie damals. Sie gelten als „bourgeoise Revisionisten“, die sich in Gegensatz stellen zum „realistischen Sozialismus“ und deshalb des „Nationalismus“ und „Antisowjetismus“ bezichtigt werden. Diese Neuaufgabe ideologischer Kriegführung wird verständlich, wenn man bedenkt, daß ein Anwachsen eigenständiger kommunistischer Bewegungen den sowjetischen Macht- und Einflußbereich schmälern und zudem in den osteuropäischen Ländern, die sich im direkten sowjetischen Einflußbereich befinden, negative Auswirkungen nach sich ziehen wird. Die Kreml-Ideologen müssen deshalb bestrebt sein, alles abzuwerten, was sich dem Moskauer Machtanspruch entgegenstellt, auch wenn dies — wie im Fall der „Eurokommunisten“ — Kommunisten sind.

## **Astrid von Borcke: Sowjetsystem und öffentliche Meinung**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/78, S. 13—31

Die „öffentliche Meinung“ ist mittlerweile für die sowjetische Führung zum Problem geworden. Symptomatisch hierfür ist u. a. ein Artikel, der 1977 im Organ des Zentralkomitees der KPdSU erschien. Der Autor, R. A. Safarov, hat bereits eine ganze Reihe von zum Teil bemerkenswerten Untersuchungen über die Rolle der öffentlichen Meinung im System der staatlichen Leitung veröffentlicht, aus denen man geradezu eine Pragmatik zugunsten von mehr gesellschaftlicher Partizipation und Autonomie ablesen kann.

Überhaupt paßt „öffentliche Meinung“ gar nicht in das unter Stalin entwickelte politische System. Doch nach Stalins Tod begannen sich Probleme abzuzeichnen, die mit den hergebrachten administrativen Methoden nicht länger zu meistern waren — der tiefere Grund für ein neues, empirisches Interesse an der Gesellschaft, ihren Bedürfnissen und Bestrebungen. Die Brežnev-Führung sieht vor allem, daß die Grundvoraussetzung für rationale Entscheidungen genaue Information ist, und eine vitale Form sozialer Information ist eben die öffentliche Meinung. Das gilt um so mehr in einem System, wo andere Rückmeldemechanismen — Märkte, unabhängige Parteien, eine freie Presse — fehlen.

Zugleich möchte die Parteiführung offenbar die öffentliche Meinung gegen den traditionellen Bürokratismus der Staatsverwaltung ins Feld führen. Schließlich haben Entwicklungen in jüngster Zeit — die Rückwirkungen der Konferenz von Helsinki (1975) und die Aktualität der Grundrechtsproblematik, die Unruhen in Polen im Juni 1976, akute Mißstimmungen in der Bevölkerung angesichts von Versorgungsmängeln — die Frage der allgemeinen Stimmung im Lande wieder aufleben lassen.

Dennoch dürfte die von Safarov geforderte und offenbar seit längerer Zeit von Brežnev begünstigte Meinungsforschung im Rahmen des bestehenden politischen Systems bald auf Grenzen stoßen. Insofern ist die künftige Entwicklung der Meinungsforschung auch ein Barometer, an dem sich weitere Fortschritte (oder auch Rückschritte) in der politischen Modernisierung der Sowjetunion ablesen lassen.